

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Dienstag, den 29. November 1898.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. Dezember 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“

mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

In der ersten Woche des Dezembers tritt der Reichstag zusammen, dessen Beratungen und Entscheidungen von außergewöhnlicher Bedeutung sein werden — vielleicht von größerer Tragweite, als die irgend einer früheren Reichstags-Session seit Gründung des Reichs. Von der Haltung des im Sommer dieses Jahres gewählten Reichstags hängt es ab, ob der Vorstoß der Reaktion gegen das Koalitionsrecht zurückgeschlagen wird, oder ob die geplanten Attentate auf die Freiheit, die Ehre und den Wohlstand des deutschen Volks gelingen werden. Hand in Hand mit dem Vorstoß der junkerlichen Reaktion geht der Versuch, den Militarismus und Marinismus, die schon heute eine schier unerträgliche, den wirtschaftlichen Aufschwung hemmende Last bilden, noch weiter zu kräftigen auf Kosten der Kulturaufgaben, die dem deutschen Volk obliegen.

Jeder deutsche Staatsbürger und auch jede Staatsbürgerin ist an den bevorstehenden Debatten aufs lebhafteste interessiert, und da kein Volk seine Lage zu heben vermag, wenn es nicht Anteil nimmt an der Politik und nicht sich ausläßt über alle schwebenden Fragen, so fordern wir alle unsere Genossinnen und Genossen auf, für die Verbreitung des „Vorwärts“ thätig zu sein, der über alle schwebenden Fragen Aufschluß giebt, über die Reichstags-Verhandlungen eingehend berichtet, die Reaktion auf allen Gebieten belämpft, und die Massen aufruft zum Kampf gegen die Reaktion.

Die Maßregelung, mit welcher die Polizei einen unserer Redakteure beehrt hat, ist für uns nur ein neuer Ansporn, unerschrocken und mit höchstem Aufgebot aller unserer Kraft unsere Pflicht zu thun. Wir haben aber auch ein Recht, von den Genossinnen und Genossen zu erwarten, daß sie uns gegenüber ihre Pflicht zu thun.

In allen Abteilungen des Blattes werden wir bemüht sein, den „Vorwärts“ stets zu verbessern. Zum Erfolg bedürfen wir jedoch der Unterstützung und Mitwirkung der Genossinnen und Genossen. In je höherem Maße uns diese Unterstützung und Mitwirkung wird, in desto höherem Maße kann und wird der „Vorwärts“ seine Schuldigkeit thun; und je größer die Verbreitung des Zentralorgans unserer Partei, desto größer seine Macht im Dienste der Partei.

Im Unterhaltungsblatt bringen wir im kommenden Monat eine größere humoristische Erzählung von Alfred af Hedenbjerna:

„Die Vabereise der Familie Sellsiv.“

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Brühlstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus

für den „Vorwärts“ mit Unterhaltungsbeilage und der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennigen für den Monat Dezember entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Reichsbank und die Agrarier.

Mit jedem Tage tritt es deutlicher hervor, daß sich der Reichsbank-Präsident gleich nach der Parlamentsöffnung auf ein lärmendes agrarisches Kesseltreiben gesetzt machen muß. Er ist es zwar seit Jahren gewöhnt, die Mirbach, Krendt und Kardorff heulend und kläffend hinter sich her zu haben. Diesmal jedoch ist die Lage ernster, weil der launische Zufall sich im Augenblick auf die Seite der Bündler gestellt hat.

Wenn diese früher mit Dr. Koch haderten, weil er energischer und kampflustiger als andere Regierungsvertreter, an der Goldwährung festhielt, die mit einer Geldverminderung und Zinsfußsteigerung gleichbedeutend sein sollte — so sorgte gewöhnlich die tatsächliche Entwicklung der Goldproduktion rasch und zur Genüge dafür, diese bimetalistischen Behauptungen immer wieder ins Lächerliche zu ziehen. Als die Doppelwährungs-Agitation in Deutschland stärker einsetzte, Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre, hatte man mit einer jährlichen Goldausbeute von etwa 400 Millionen Mark (1883 393 Millionen) zu rechnen. Heute sind bereits tausend Millionen erreicht (1897 nach Preston 997 Millionen) und der Aufschwung der Gewinnung hält dauernd an. Man mag den Metallbestand irgend eines Landes vorübergehend zu knapp finden; aber von einer allgemeinen dauernden Edelmetallnot, wenn auch nur vor einer Schaar fanatischer Bauern, zu sprechen, dazu sind die Zeiten längst vorbei.

Darauf stürzten sich die bündlerischen Häuptlinge kopf- über in den Kampf um die günstigere Lombardierung ihrer landschaftlichen Pfandbriefe. Der Reichsbank wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie die Reichs- und Staatsanleihen zu einem den Bedarfslimit nur um 1/2 pCt. übersteigenden Zinsfuß beließe, während für alle anderen Papiere der Lombardzinsfuß um ein volles Prozent höher war: der Kurs der Pfandbriefe werde durch diese Differentialbehandlung ungünstig beeinflusst. Nach langen und zum theil erbitterten Auseinandersetzungen half sich die Bankverwaltung in ingenieurer Weise damit aus der Klemme, daß sie die geforderte Gleichberechtigung in der entgegen- gesetzten Richtung zur Durchführung brachte. Sie erhöhte für die Staatspapiere den Lombardfuß, weil sie mit Recht durch ein zu starkes Anschwellen der Lombardforderungen ihre finanzielle Stellung geschwächt und gefährdet sah, die zur Deckung der Banknoten und der anderen täglich fälligen Verbindlichkeiten möglichst viel Baargeld und Wechsel mit kurzer Laufzeit erheischt. Nach der ersten Verblüffung über diesen unerwarteten Schritt hat das die Agrarier nur zu vermehrter Wuth gereizt. Es hat aller Ueberredungskünste des Herrn v. Miquel und sonstiger Führer der Sammelpolitik bedurft, um in der letzten Session, kurz vor den Wahlen, die pumpeifrigen, ewig geldbedürftigen Heißsporne der Rechten im Reichstage wie im preussischen Landtage von der erneuten Anschneidung der strittigen Bankfrage zurückzuhalten.

Nachdem die Wahlen vorbei sind, verlangt der auf- gespeicherte Thätendrang der Bündler um so drängender nach einer oratorischen Entladung. Die parlamentarischen Keullinge des Bundes können das weltgeschichtliche Ereignis ihrer Antrittsvorstellung nicht erwarten. So wirst denn die dritte der drei so rasch berühmt gewordenen Interpellationen des Bundesvorstandes und seiner Hörigen dem Reichsbank-Präsidenten abermals den Fehdehandschuh hin. Herr Dr. Koch hat durch hohen Diskont die deutsche Produktion gegen- über dem Auslande geschädigt; er ist reis, in die Wüste, hinaus zu den übrigen Vaterlandsfeinden gestochen zu werden; das Waas seiner Schuld ist endlich voll.

Wir sehen den bevorstehenden Auseinandersetzungen in aller Ruhe entgegen. Für die Sozialdemokratie ist das Reichsbankgesetz durchaus kein Nährmüchlein, wie für die Bankantheils-Besitzer und für manche ihrer Anwälte in der Presse und in der Volksvertretung. Selbst die Bankverstaatlichung, wenn sie von der sozialdemokratischen Fraktion abhinge, würde von uns nur als reine Zweckmäßigkeitfrage, nach ihrer Wirkung unter den heutigen Verhältnissen zwischen Industrie und Landwirtschaft und staatlicher Bureau- kratie beurtheilt werden. Wir wüßten ferner nicht, warum wir etwaige Anträge, wie die der Erhöhung des Stammkapitals, nicht in allergrößter Seelenruhe mit in Erwägung ziehen sollten, obwohl bei einer Zentralnotenbank das Stammkapital eine ebenso nebensächliche, wie Noten und fremdes Geld die ent- scheidende Rolle spielen. Um die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine andere Theilung des Reingewinns zwischen dem Reiche und den Aktionären, auf eine Vermehrung der Höchst- beträge des ungedeckten Notenumlaufes hingulenkten, auch dazu bedürfte es wahrhaftig nicht erst der Bündler; aber wenn sie es verlangen, so ist das an sich kein Grund für uns, es zu verwerfen.

Indes, auf derartige sachliche Diskussionen kommt es ihnen im Augenblick gar nicht an, sondern lediglich auf eine all- gemeine Stimmungsmacherei gegen die verhasste Goldwährung und deren womöglich noch verhassteren Anhänger und Vor- kämpfer in der obersten Reichsbankleitung. Der Zins- fuß ist hoch, die Geschäftswelt in Stadt und Land ist zweifellos darüber beunruhigt. Diese Gelegenheit muß man beim Schopfe nehmen, um an dem „Bankhalter“ — wie Graf Mirbach ihn einst in angeborener Ritterlichkeit nannte — sein Mithägen zu fühlen.

Die Schwierigkeiten des deutschen Geldmarktes und in erster Linie der Reichsbank sind bekannt. Der nun schon ein paar Jahre anhaltende bedeutende wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland und der dadurch bedingte große Bedarf an Zahlungsmitteln für den inneren Verkehr hatten zur Folge, daß die Reichsbank und die Privatnoten- Banken in höherem Grade als je zuvor in Anspruch genommen wurden. Die letzteren können die Last der Anforderungen auf die Reichsbank überwälzen, jedoch letztere die ganze Wucht eines außerordentlichen Geldbedarfes allein tragen muß. Im Anfang dieses Jahres trat die Spannung hinzu, welche seitens der Vereinigten Staaten durch die Ein- ziehung ihrer ausländischen Guthaben und durch Heranziehung von Gold für den Krieg hervorgerufen wurde. Am 7. April erhöhte deshalb die Bank von England ihre Zinsrate von 3 auf 4 pCt., am 9. April folgte die Reichsbank mit dem gleichen Schritte. Hohe Preise der wichtigsten Großhandelsartikel, ein fortgesetztes Gründungsfieber, die 140 Millionen Mark deutschen Antheils an der chinesischen Anleihe, das alles steigerte die Finanzprognose der Bankmittel. Dazu ist der Horizont nicht mehr ganz wolkenlos; jeder herausziehende kleine Strich kann sich zu einer großen Panik auswachsen; die Banken müssen sich also auch auf einen möglichen künftigen Ansturm vor- bereiten. So ist vor kurzem der Reichsbankfuß auf 5 1/2 pCt., Ende voriger Woche auf 6 pCt. erhöht worden, um nicht allzu leichtfertig die Baarmittel preiszugeben und um zugleich die Geschäftswelt etwas zur Ruhe und Besinnung zu mahnen.

Keine Bankleitung kann in solchem Falle anders handeln, wenn sie nicht ihre Pflicht sträflich vernachlässigen will. Auch unter dem überfreundlichen Herrn v. Dechend haben wir unter ähnlichen Umständen dieselbe Diskontsteigerung erlebt. Am 8. Januar 1876 stieg der Bankfuß von 5 auf 6 pCt.; im Oktober 1880 hatten wir 5 1/2 pCt., im November 1881 5 1/2 pCt., im Dezember 1882 6 pCt., im Dezember 1890 bis in den Januar 1891 hinein 5 1/2 pCt. — gerade in dem letzten Zeitraum offenbar wegen der beginnenden Abwindelung der Spekulation und Preistreiberi der vorangegangenen Jahre 1887 bis 1890.

Diese letzterwähnte Periode des Aufschwunges ist jedoch nicht entfernt zu vergleichen mit der Aufwärtsbewegung der jüngsten Vergangenheit. Soll ein Reichsbank-Präsident etwa die guten Jahre hindern, weil sie sowohl auf ihrer Höhe wie in ihrem Umfange nach unten seinen Geldbestand zu bezimtern drohen? Als 1888 die Geschäfte darniederlagen, bellagte Graf Mirbach im Herrenhause umgekehrt das Herab- gehen des Zinsfußes! Aber die Goldwährung war damals natürlich auch an dem Sinken des Zinsfußes schuld!

Wenn die Bank von Frankreich seit längerer Zeit einen beträchtlich geringeren Diskontfuß aufweist, so ist das zum theil Täuschung, weil sie sich immer vorbehalten hat, in Silber zu zahlen und für ihre Noten Gold nur gegen eine Prämie herzugeben. Dies bedeutet thatsächlich einen höheren Diskontfuß für Auslands- als für Inlandswechsel. Daß eine Bank, von der internationalen Bedeutung und Stellung wie die deutsche Reichsbank vor einem solchen Verfahren zurückschreckt, ist zum mindesten begreiflich. Man erinnere sich nur an den Lärm im Auslande, als es einmal hieß, die Reichsbank mache von dem gesetzlichen Rechte, in Silberzahlern ihre Verbindlichkeiten zu lösen, auch thatsächlich Gebrauch. Was das Agrariertum hier der Reichsbank zumuthet, ist in der That eine Herab- drückung ihrer internationalen Stellung. Vor allem jedoch ist der niedrigere Diskontfuß in Frankreich eine Folge des dortigen wirtschaftlichen Stillstandes, das wesentlich mit Ver- ursacht ist durch die agrarische Reaktion der Herren Meline und Genossen. Gerade die französischen Verhältnisse sollten uns in dieser Beziehung eine Warnung, nicht ein Vor- bild sein.

Doch unsere Agrarier wollen Lärm schlagen, weil sie ihn für ihre Agitation brauchen. Selbst ihren Sammelbrüdem von der Industrie wird bereits vor diesen Bundesgenossen bange. Aber sie werden die Kette ihrer Hörigkeit nicht los.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. November.

Der Kampf gegen den Militarismus ist jetzt in allen Kulturländern entbrannt. In dem unglücklichen Italien, das unter der Last der Eisenrüstung erdrückt wird, führen unsere Genossen eifrig den Kampf; in Frankreich nimmt die antimilitaristische Meinung von Tag zu Tag an Kraft zu; von Deutschland können wir zu unserer Genugthuung dasselbe vermelden; und auch in Belgien, wo durch den König und einige ehrgeizige Soldaten der Militarismus nach deutschem Muster eingeführt werden soll, sind unsere Genossen auf der Wacht, um das Eindringen des bösen Feindes zu verhindern. In der belgischen Kammer kam es am Freitag anlässlich des russischen Abrüstungsschwindsels zu einer hoch- interessanten Debatte, in welcher die Genossen Viktor Denis, ehemaliger Rektor der Universität Brüssel, und Vander- velle die Gemeinschädlichkeit des Militarismus enthüllten, auf dessen soziale Ursachen hinwiesen und von der Regierung, wenn sie wirklich die Uebel des Militarismus beseitigen wollten, eine das Volk befriedigende Politik der Aufrüstung und echter Sozialreform forderten. Natürlich hatte die Pfaffen-Regierung kein Verständnis für eine solch vernünftige Auffassung der Dinge. Desto besseren Anklang fanden die Reden bei den Massen des belgischen Volks, das für die Kasernen-Dressur nicht zu haben ist. —

Wenn nicht — denn nicht! Ueber ein Interdikt des Regierungspräsidenten v. Köller durch einen Kor- respondenten des Kopenhagener Blattes „Politiken“ wird be- richtet:

Auf die Frage des Korrespondenten, welches die Gründe der Ausweisungen seien, antwortete Herr v. Köller: Die Gründe sind rein lokaler Art. Befehle von Berlin habe ich nicht erhalten. Die Ausweisungen sind nur von den Landräthen auf meine An- weisung vollzogen worden und zwar aus folgenden Gründen: Ich kenne von meiner Thätigkeit in Esch-Lothringen her genau die Grenzverhältnisse. Ein Jahr lang spielte ich hier den Beobachter und bemerkte, wie die Dänen überall die Deutschen ähntelten. Es wurden Ausflüge nach Danemark gemacht, Vexierzüge mit demonstrativer Entfaltung der dänischen Flagge jenseits der Grenze. In Versammlungen traten dänische Offiziere auf. Scavenius, der frühere dänische Minister, empfing die demonstrierenden Schleswiger, dänische Professoren hielten bei uns aufsehende Vorträge, tägliche Ereignisse verriethen, daß die Dänen meinten, uns an der Nahe heranzuführen zu können. Darum schlug ich drein! Die Ausweisungen bedekten nur den Anfang meiner Präsi- dent- schaft.

Auf die Frage, wie weit er mit den Ausweisungen zu gehen gedenke, meinte Herr v. Köller: Es giebt hier gegen 26 000 Dänen und Optanten, ausgewiesen sind 117. Von Optanten sind nur einige ausgewiesen wegen Gesetzesübertretungen. Das Ganze ist bisher nur ein Versuch, erst wenn ich die Wirkung wahrgenommen habe, werde ich meine

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltene Koloni- zelle oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1808, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

weiteren Dispositionen treffen. Optanten können er nur anweisen, wenn sie sich gegen die Gesetze verhalten haben.

Auf die Frage, welche Gesetze die ausgewiesenen Dienstboten gebühren hätten, sagte er: „Kein! Durch ihre Ausweisung sollen ihre fanatischen Prinzipale, die selbst nicht ausgewiesen werden können, gestraft werden.“

„Werden Sie nicht die Landwirtschaft dadurch ruinieren?“
Präsident: „Es giebt genug deutsche Arbeitskraft in den Städten, aber ruhige, dänische Bestirter können ihre Leute behalten.“
„Wie sollen die Leute also die Ausweisung vermeiden?“ — „Sie sollen sich von Ausflügen nach Dänemark, von den Volkshochschulen, von dänischen Vereinen, von Versammlungen und der Agitation fernhalten.“

Werden Personen ausgewiesen, weil ihre Gutsherrn den Dänen gewährt haben? — „Nein, die politischen Rechte lasse ich nicht an, die Ausweisungen zielen nur auf die lokale Agitation!“

Er sprach dann über die dänischen Abgeordneten, von denen namentlich Hansen und Jensen „Geschäftspolitik“ trieben und „professionelle Unruhstifter“ seien. Er lese jeden Tag, was sie schreiben. Wenn man keine weitere Ausweisung wünsche, so möge man sich in Kopenhagen der Demonstrationen enthalten.

Ob er eine vollständige Germanisierung Nordschleswigs erzwingen wolle? — „Keineswegs! Die Sprache will ich nicht ausrotten. Zweisprachigkeit ist in den Grenzbezirken nützlich.“ — Ob er nicht wisse, daß Landrath Masow in Hadersleben mit überzogener Strenge vorgehe, die viele Familien ins Unglück brächte? — „Das seien Uebertreibungen der Presse. Er handle durchaus nach seinen Befehlen, streng, aber durchaus gerecht. Er fand Widerstand und hat gehandelt. Wenn ein Kaiserlicher Spektakel macht, wirft man ihn hinaus. Wünschen Sie noch mehr Ausweisungen, so halten Sie nur noch mehr Demonstrationen, Versammlungen in Kopenhagen ab.“

Warum wurde die Wächlerin ausgewiesen? — Ueber Einzelfälle könne er sich nicht aussprechen! — Zum Schluß fragte der Journalist, ob die Ausweisungen vorläufig zu Ende seien? — „Nein. Die Dänen haben den Krieg begonnen; ich habe kein Interesse, ihn zu führen; aber ich verlange das Friedenssignal in den schleswighischen Blättern, und besonnte ich das nicht, werde ich Ruhe schaffen! Es wird Ruhe werden!“

Damit war das Interview zu Ende. Der Journalist fügt seinen Aufzeichnungen bei, daß sie zusammengeknüllt, aber wortgetreu wiedergegeben seien. Es werde ihnen kein Dementi folgen.

Das letztere glauben auch wir, denn die dem Herrn v. Kölller in den Mund gelegten Aeußerungen tragen den Stempel der Wahrschaffigkeit. Es ist das ganz die durchsichtige Art, die wir an dem ehemaligen Polizeiminister kennen gelernt haben. Lediglich, um einen „Versuch“ zu machen, werden hunderte ruhiger Bürger ins Elend gestoßen, Leute, die zum großen Theil weiter nichts verbrochen haben, als daß sie zufällig in Diensten von „fanatischen Prinzipalen“ sich befinden. Und noch mehr. Die Dänen, die für die deutschen Behörden unerreichbar sind, brauchen nur in Kopenhagen Protokollversammlungen abzuhalten, es genügt, daß Herr v. Kölller mit teutonischem Horn dreinschlagen will.

Mit diesem famosen Kölller-„Versuch“ werden selbstverständlich die Erfolge erzielt werden, welche jede Gewaltpolitik hervorbringen muß — Erbitterung, Haß und Widerspruch.

Und wenn alldenn die gepöbelten dänischen Grenzbevölkerung ihren Groll durch neue Demonstration zum Ausdruck bringen, dann doppelt scharfe Repression, doppelt schneidende Polizeiwirtschaft.

Eine widerwärtigere, zweifelhafte Politik läßt sich nicht erdenken. Herr v. Kölller wird aber mit dieser politischen Weisheit ebenso wenig Vorbeuren ernten, wie er sie geerntet hat, als er einst als Polizeiminister das ganze Reich mit der Wohlthat seines Umsturzgesetzes zu beglücken gedachte.

Auch damals meinte er in seiner durchsichtsoberflächlichen Manier: Geht es, dann geht es, wenn nicht — dann nicht! Aber mit durchsichtigen Scherzen, mit polterhaften Studentenstreichen treibt man keine ernsthafte Politik.

Wenn der Herr v. Kölller sich über die Noth der Hinausgetriebenen, der armen Frauen und Kinder, mit dem Stommersbuch-Ull: Ein Durst wie ich, was macht sich der daraus? — hinweg trällern zu dürfen glaubt, so wird ihm der deutsche Reichstag zeigen, wie er über eine derartige Auffassung denkt! —

Die spanisch-amerikanische Friedenskommission, so wird aus Paris vom 28. d. M. gemeldet, tagte heute Nachmittag von 2 bis 4 Uhr. Die Spanier nahmen die Bedingungen der Amerikaner an, nämlich: Aufgabe der Philippinen und des Sulu-Archipels gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars; Amerika laßt alle Karolineninseln. Die Fragen betreffend die kubanische Schuld bleiben in der Schwebe. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Mittwoch statt.

Damit ist der Friedensschluß so gut wie vollendet. Nur Einzelheiten bleiben noch zu erledigen. Spanien unterwirft sich allen Bedingungen seines übermächtigen Gegners. Es giebt fast seinen gesammten überseeischen Besitz auf. Das Ende des einst größten und mächtigsten Kolonialreiches des Erdballs ist gekommen.

Und als eine neue Kolonialmacht steigt auf das jugendstarke Gemeinwesen der Vereinigten Staaten, den alten obersten Grundfay seiner Politik verlassend und in neue Bahnen eintretend, in Bahnen, die weit hinaus führen über alle Meere, auf denen die neue gewaltige Kolonialmacht, die bisher abseits stand von den internationalen Verwicklungen, in wirtschaftliche Konkurrenz und in politische Rivalität mit den alten europäischen Großmächten eintritt.

Eine neue Geschichtsepöche beginnt! —

Deutschs Reich.

Außerordentliche Anfordernngen stellt der neue Kolonialetat. Der Etat des Auswärtigen Amtes für das Rechnungsjahr 1899 fordert an fortwährenden Ausgaben 12 002 192 M., 641 448 M. mehr als im Jahre 1898, und an einmaligen Ausgaben 16 645 110 M., 6 850 428 M. mehr als im Jahre 1898. Die einmaligen Ausgaben entfallen fast ganz mit 16 462 110 auf die Kolonialverwaltung. —

Ueber die Reichstags-Vorlagen wird der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin geschrieben: Die erste Vorlage, welche dem Reichstag zugehen dürfte, wird der Etat sein; daß die Militär-Vorlage und das Invalidentgesetz schon vor Weihnachten eingebracht werden, gilt nicht als wahr-scheinlich. Erst nach Neujahr kann unter den Eingängen auch der Gesetzentwurf über die Hypothekensachen erscheinen. Außerdem ist eine relativ große Anzahl von Gesetzentwürfen für den Reichstag im Reichsam des Innern vorbereitet. Außer der bereits genannten Invalidentgesetz-Kommission ist der Gesetzentwurf zum Schuß der Verhältnisse der Handelsgesellschaften, dann derjenige, welcher die Verhältnisse der Patentanwälte regulirt, zu nennen, fernerhin das Fleischkaufgesetz und das Reichsbauengesetz. Das Privat-Versicherungsgesetz liegt schon den Bundesregierungen vor.

Die „Vossische Zeitung“ nimmt dagegen an, daß die Militär-Vorlage mit dem Etat zugleich vorgelegt werden wird. —

Wohlfstandsvermehrung in Preußen? Die „Statist. Korresp.“ stellt eine umfangreiche Berechnung auf, um das Gesamteinkommen der physischen Personen in Preußen zu ermitteln. Für die Einkommensteuerverpflichtigen läßt sie sich hierbei auf die Ergebnisse der Veranlagung für 1897/98 und rechnet ein Einkommen dieser aus 9 438 000 Köpfen bestehenden Bevölkerung von rund 637 1/2 Millionen Mark heraus. Dazu treten 30 1/2 Millionen Mark für die abzugshfähigen Kassenbeiträge und Lebensversicherungs-Prämien, ferner 814 1/2 Millionen Mark für die Ermäßigungen u. s. w. der §§ 18 und 19 des Einkommensteuer-Gesetzes. Ungleich schwerer ist es, das Einkommen der gänz-

lich einkommensteuerfreie Personen d. h. derjenigen, die ein Einkommen von weniger als 600 M. haben, festzustellen. Aus statistischen Materialien ergibt sich kein Anhalt für die Höhe des Gesamteinkommens dieser aus 8 738 527 Haushaltungs-vorständen und Einzelverwandten und 21 204 768 Köpfen bestehenden Bevölkerungsschicht. Aus allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen glaubt die „Statist. Korresp.“ annehmen zu können, daß ein Mittel-satz von 450 M. für jeden einkommensteuerfreien Haushaltungs-vorstand oder Einzelverwandten zutrefte. Es würde dies einem Tagesverdienst von nur 1,50 M. entsprechen, wobei noch der Neben-verdienst der Ehefrau und die Hilfe der übrigen Haushaltungs-angehörigen mitgerechnet ist. Danach würden die Einkommensteuerfreien ein Gesamteinkommen von rund 8982 Millionen Mark haben. Unter Zusammenrechnung der genannten Einzel-beträge würde sich als Gesamteinkommen der physischen Personen in Preußen im Jahre 1897/98 die Summe von nahezu 10 661 Mill. Mark ergeben.

Die „Statist. Korresp.“ berechnet auch das Einkommen für das Jahr 1892/93, wobei allerdings die Unterlagen nicht ganz so zuverlässig sind wie die für 1897/98. Das Gesamteinkommen der physischen Personen hat danach im Jahre 1892/93 9881 Millionen Mark betragen, so daß in den letzten fünf Jahren eine Zunahme des Gesamteinkommens um 780 Millionen Mark oder 7,89 p. h. stattgefunden hat. Da die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum um 6,18 p. h. gestiegen ist, hat sich das Einkommen etwas stärker vermehrt als die Bevölkerung.

Bei der Unklarheit über alle tatsächlichen Verhältnisse, die diesen Berechnungen zu Grunde liegen, wird man die Schlussfolgerung der „Statist. Korresp.“ nur mit Vorbehalt aufnehmen dürfen. Selbst wenn aber auch die Berechnung durchaus stimmen würde, so könnte doch der von mehreren Blättern daraus gezogene Schluß einer erheblichen Wohlfstandsvermehrung seit 1892 in Preußen nicht ohne weiteres gezogen werden, denn vermehrte Geldeinkommen bedeutet noch nicht vermehrte Kaufkraft. —

Die Quebracho-Holzfrage — so wird uns geschrieben — taucht in der Tagespresse wieder auf, nachdem sie im Laufe des Jahres in einer großen Anzahl von Interessenten-Versammlungen den Gegenstand lebhafter Debatten gebildet hat. Die Lederhändler und die norddeutschen Gerber sind in der Hauptsache ebenso entschieden gegen einen Zoll auf fremde Gerbstoffe, wie die west- und süd-deutschen Gerber und namentlich die Schwabwaldbesitzer für ihn sind. Beide suchen auf die Deffenlichkeit dadurch Einfluß zu gewinnen, daß jeder Theil von einer nahenden Krise spricht, wenn nicht die ganze Frage in seinem Sinne gelöst wird. Die Anhänger des Zolles lassen sämtliche Lohbauern und drei Viertel aller Gerbermeister zu grunde gehen, wenn kein Zoll eingeführt wird, die Gegner befrachten zunächst das Aufhören des deutschen Lederexportes nach Inkastraten eines Zolles. Da aber eine sofortige gänzliche Einstellung der Fabrikation der exportirenden Firmen ausgeschlossen sei, bleibe das Leder und die Lederwaren auf dem deutschen Markte, und die Folge davon wäre ein sofortiges Sinken der Preise. Zahlreiche Betriebe würden nicht mehr im Stande, weiter zu arbeiten, und unzählige Arbeiter würden brotlos nicht nur aus der Gerberei allein, sondern auch aus den Leder verarbeitenden Branchen, z. B. der Schuhfabrikation, der Sattlerwaren und Portefeuilfabrikation zc. Die Vernichtung der kleinen Existenzen unter den Lohbauern, die von den Pölkern heim ins Feld geführt wird, siehe damit in gar keinem Verhältnisse. Schon diese nackte Gegenüberstellung der Gründe, die von jeder Seite der Interessenten vorgebracht werden, zeigt, daß wir uns den Gegnern des Quebracho-Zolles anzuschließen haben. Dabei soll aber nicht übersehen werden, daß durch die neue Gerbmethode mit eingeführten Gerbstoffen das Leder allerdings nicht besser wird. Eigengeräthtes Leder ist ohne Zweifel weit dauerhafter. Deswegen giebt auch die Militärverwaltung dem eingegebenen Leder den Vorzug. Für die von ihr benötigten Stiefel ist dauerhaftes Leder die erste Bedingung, da das Schuhwerk erst sieben bis acht Jahre auf den Mannern zu bringen muß, bevor es in Gebrauch genommen wird. Wer also ein Paar Schuhe kauft, die aus Quebrachleder hergestellt sind, erspart allerdings 20—30 Pf. gegenüber den Kosten, welche die Anschaffung von Schuhen aus dauerhafterem Eigengeräth verursacht. Da aber die große Masse der Bevölkerung — abgesehen von Ausnahmen, die durch den Beruf bedingt sind — an das Schuhwerk nicht die Ansprüche der Militärverwaltung zu stellen braucht, so liegt auch vom Standpunkt des Konsumenten kein Grund vor, gegen das Quebrachleder zu eifern und sich für den Zoll auf ausländische Gerbstoffe zu erwärmen. —

Margarine ohne jede thierische Milch soll nun auch er-funden sein und zwar von Dr. Michaelis auf grund von Anregungen seitens des Geheimraths Liebreich. Wir sind in solchen Dingen etwas skeptisch. Da jedoch in freimüthigen Blättern, vor allem in der „Nation“ durch Paul Rathen, viel Aufsehens von der neuen Kostrationsmethode gemacht wird und da sie bei größerer Bekreitung zweifellos zu neuen agrarischen Agitationen herausfordern würde, so erwähnen wir sie kurz.

Margarine wird bekanntlich hergestellt aus Oleomargarin (dem von Stearin bereiten Rindstalg), aus Pflanzenöl und Milch. Die Milch hat dabei vorwiegend nur die Aufgabe, die Fette in einen emulsionsartigen Zustand überzuführen, d. h. das flüssige Fett in kleine nebenanderliegende Kugeln umwandeln zu helfen, um es hierdurch verdaulicher zu machen und so seinen Nährwerth zu erhöhen. Das soll nun nach den Michaelis'schen Versuchen mit der aus süßen Mandeln gewonnenen Mandelmilch ebenso gut möglich sein, die bisherigen Margarinesfabriken würden zu der neuen Herstellungsweise ohne weiteres übergehen, und die so erzeugte Margarine sogar um 10 pCt. billiger liefern können.

Diese Hoffnungen der Chemiker und Fabrikanten werden wohl noch mancherlei Einschränkungen erfahren. Dagegen zeigt die Preherörterung schon jetzt, wie gefährlich und zweifelhaft die agrarischen Uebertreibungen der Ansetzungs- und Gesundheitsgeschreien sind, die sie überall sehen — natürlich soweit das konsumirende Ausland in Frage kommt. Die Margarine-Interessenten drehen jetzt den Spieß um und rühmen ihre „Mandelmilch“, weil die thierische Milch ein Hauptträger von Krankheitskeimern, eine unerwünschte Infektionsquelle sei. Diese Behauptung schwindet gänzlich, wenn für die Margarine überhaupt keine thierische, sondern nur noch Pflanzenmilch zur Verwendung gelangt.

Wir wollen uns in diese Auseinandersetzungen zwischen den furrogat-fabrikirenden Pöblis und den butternden Mönchen weiter nicht einmischen. Thatsächlich erreicht haben auf jeden Fall die agrarischen Geheggeber gegen die Margarine gar nichts. Nach einer Statistik, die der „Nation“ vorliegt und die annähernd richtig sein dürfte, stiedten im Jahre 1897 in großen Margarinefabriken etwa 40 Millionen Mark Anlage- und Betriebskapital gegen 30 Millionen vor Erlaß des Gesetzes; und von 1887 hat sich bis 1897 das produzierte Quantum im Werthe von 24 Millionen auf 94 1/2 Millionen Mark gesteigert; Die Steigerung von dem Zeitpunkt vor Erlaß des Gesetzes bis nach Erlaß beträgt 30 Millionen Pfund, so daß also das Gesetz genau die entgegengesetzte Wirkung hatte, die Agrarier beab-sichtigten. —

„Anarchistisches“. Wir hatten in unserer vorigen Nummer eine Sensationsnachricht des Berl. Tagebl. wiedergegeben, wonach in Riechbach bei Worms 24 italienische Arbeiter wegen anarchistischer Umtriebe verhaftet worden seien.

Dazu wird uns telegraphisch berichtet: „Tageblatt“-Nachricht Schwindel. In Riechbach, das im Oberrhein nicht bei Worms liegt, viele Italiener beim Bahnbau beschäftigt; wiederholt Schlägereien, deswegen neulich Verhaftungen. „Wormer Zeitung“ brachte zuerst Bericht darüber, aber nichts von Anarchisten. —

ist. Koch Zanardi wird eifrig gefahndet.“ Entlassung der Bahnhüter waren dem auch Bahnhüter in verhältnismäßig engen Abständen schußbereit aufgestellt, die nach Eintritt der Dunkelheit fackeln trugen. Auch aus München sind uns, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, ähnliche Berichte zugegangen, über die Absperrung und Bewachung des Hauptbahnhofes, sowie über die Bewachung der ganzen Bahnstrecke von Pola bis Vaden-Vaden; selbst die Keller der Stationsgebäude wurden unterlucht. Auch hier werden Anarchisten-Nachrichten der italienischen Regierung als Grund angegeben.

Offenbar ist die italienische Regierung von der krankhaften Angst besessen, ihre durch maßlose Schandwirthschaft zur Verzweiflung getriebenen Unterthanen könnten allenhalben Unheil anrichten. —

Einem Erlaß des Herrn v. Döbberlein veröffentlicht die „Voss. Zeitung“. Der Erlaß beklagt, daß mehrfach Beamte un-lindbar ange stellt worden seien, obgleich ihr Verhalten bereits zuvor zu erstem Einschreiten Veranlassung gegeben hätte. Desgleichen wird geklagt, daß Beamte, die sich nach Führung oder Leistungen für den Postdienst nicht geeignet gezeigt hätten, nicht immer rechtzeitig aus dem Dienste entlassen worden sind. Sonst spricht der Erlaß noch von dem persönlichen Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. —

Die massenhafte Verabschiedung noch diensttätiger Offiziere, über die wir dieser Tage berichteten, hat unter diesen einen förmlichen Rothlauf geschaffen, da die Pension meistens zur Bekreitung ihrer Lebensbedürfnisse nicht ausreicht und sie nicht wissen, wo sie unterkommen sollen. Dem soll durch einen jetzt veröffent-lichten Erlaß des Kriegsministers abgeholfen werden.

Die verabschiedeten Offiziere haben danach das Recht, sich bei den Reichs- und Staatsbehörden um alle den Militärämtern vorbehalten Stellen zu bewerben. Von den in betracht kommenden Stellen sind nicht allein diejenigen, die sich im Bereiche der preussischen Zivilverwaltungen sowie der Heeres- und der Reichs-Postverwaltung befinden, als besonders geeignet, sondern auch noch andere der Militärämtern nicht vorbehaltene Stellen zur Ver-segung mit verabschiedeten Offizieren empfohlen.

Dem Erlaß des Erlasses ist die Zulage beigelegt, daß den pensionirten Offizieren, welche die durch eine informatorische Beschäftigung bei einer Behörde entstehenden besonderen Ausgaben nicht aus eigenen Mitteln zu befreien vermögen, auf begründeten Antrag durch Vermittelung des Kriegsministeriums Zuschüsse zu ihrer Pension gewährt werden dürfen.

Ein neues System. Erst verabschiedet man die noch dienst-tätigen Offiziere, pensionirt sie, und die steuerzahlende Bevöl-kerung hat die Kosten des immer mehr anschwellenden Pensionsetzes zu tragen. Da aber die Offiziere mit ihren Pensionen nicht aus-kommen, so müssen sie in die früher von „Zivilisten“ verwalteten Stellungen gebracht werden, die dadurch ein Einkommen und Brot und um die Möglichkeit gebracht werden, die Steuern noch weiter zu bezahlen. Der Widerstimm dieses dem auf die Spitze getriebenen Militarismus geschuldeten Systems liegt auf der Hand. —

Handwerker. Der Minister für Handel und Gewerbe, Dreifeld, hat, wie wir schon mittheilten, unter dem 20. September dieses Jahres eine Verfügung an die Provinzialbehörden er-lassen, derzufolge dieselben in eine nähere Prüfung darüber ein-treten sollten, ob und welche von den zur Zeit in Preußen be-stehenden 7769 Innungen den Voraussetzungen des neuen Handwerkergesetzes entsprechen. Es befinden sich nämlich unter diesen Innungen 1579 mit weniger als 10, und 4172 mit weniger als 20 Mitgliedern. Es war dann in der Verfügung gesagt, daß die Vertheilung dieser Innungen weder den Interessen der Handwerker noch den Absichten der Gesetzgebung entspre-che, wozu noch der Umstand trete, daß die Wahl der Mitglieder der Handwerkskammern durch das Bestehen der vielen kleinen Innungen ungebührlich erschwert werde, ganz abgesehen davon, daß bei der nicht zu umgehenden Wahrung des Stimmverhältnisses gerade den kleinen Innungen ein nicht zu rechtfertigendes Uebergewicht gegenüber den größeren Innungen und ein erheblicher Einfluß auf die Zusammensetzung der Handwerkskammern eingeräumt werde.

Weiter wird in der Verfügung darauf hingewiesen, daß der Zweck, auch schon der früheren Innungsgesetzgebung, nur der sein kann, „Leistungsfähige Innungen“ zu bilden. In solchen Innungen man aber die Innungen mit etwa zehn oder zwanzig Mit-gliedern nicht räumen. Es sollte deshalb von den Provinzialbehörden generell die Schließung der kleinen Innungen verfügt bezw. auf dem Schlagewege erzwungen werden.

Wegen diese Verfügung hat nun der „Vorstand des Zentral-Ausschusses vereinigter Innungsverbände Deutsch-lans“ dem Minister Dreifeld eine umfangreiche „Vorstellung“ unter-breitet. Die Herren Minister scheinen wohl zu begreifen, daß bei strenger Durchführung dieser Verfügung von der erträumten Innungs-herstellung nicht viel übrig bleiben würde. Besonders hervorzuheben wird in der Eingabe der Innungsmänner der dem Zentralausschuß ange-schlossene Steinseger-Innungsverband. Von den etwas über 600 in Deutschland überhaupt bestehenden Steinseger-Betrieben gehörten mehr als die Hälfte den über 20 Steinseger-Innungen an, welche sämmtlich ihrem deutschen Verbaude sich angeschlossen haben.

Zu dieser Behauptung wird uns aus Sachkreisen geschrieben: „Hätten sich die Herren, ehe sie dieses Schreiben, von dem ersten besten Adressen-Nachweis-Bureau einen Katalog schicken lassen, so hätten sie aus diesem ersehen können, daß man hier allein schon über die Adressen von ca. 1000 Steinseger- und Pflastermeistern verfügt. Das sind aber lange noch nicht alle, die es in Deutschland giebt, sondern nur die in den großen und mittleren Städten wohnhaften. Es giebt aber gerade im Steinsegergewerbe eine verhältnismäßig große Anzahl von Unternehmern, die auf dem Lande ihr Domizil haben, die in den Adressbüchern nicht aufgeführt sind.“

Unseres Erachtens konnte man überhaupt keinen besseren Griff thun, um zu beweisen, daß das Innungswesen sich vollständig überlebt hat, als indem man den Steinseger-Innungsverband anführt. Wenn irgendwo die Grundlagen für eine geblühende Innungstätigkeit vorhanden sind, so sind sie im Steinsegergewerbe vorhanden: Kein handwerksmäßige Herstellungsweise, ausschließlich Produktion für den lokalen, fast ganz genau auf längere Zeit hinwons festzustellenden Bedarf und Ausführung nur nach vorangegangener Bestellung. Dazu noch einen in finanzieller Hinsicht sicheren Kundenkreis, da die meisten Arbeiter auf Rechnung von Behörden ausgeführt werden. Und trotz alledem vermochte es der Steinseger-Innungsverband nicht über eine Mitgliederzahl von ca. 300, also höchstens 20 pCt. aller selbst-ständigen Gewerbetreibenden zu bringen! Und wohlgerne, weiß der genannte Verband diese Mitgliederzahl schon seit nahezu einem Jahrzehnt auf. Es ist also seit der Zeit eine vollständige Stagnation eingetreten.

Es muß sehr schlecht um die Sache der Innungsschwärmer be-stellt sein, wenn sie keine besseren Beweise anführen können. —

Gegen die „Landstreicher“ wird von einer gewissen Klasse von Politikern manögelegt geht. Arbeitslosigkeit und sonstiges soziales Elend lassen sie nicht gelten als Erklärung für Vettel und Land-streicher. Nur Prägnanz, Verschlechterung der Kost in den Ge-sängnissen, harte Disziplinstrafen würden in ihren Augen gegen das „Vettelwesen“ helfen. Ganz anderer Meinung ist der Direktor des Berliner Stadtvogel-Gefängnisses, Amts-richter a. D. Klein, der sich in den Blättern für Ge-fängnisreform über das Thema äußert. Er befreit z. B. die Möglichkeit, die Kost noch zu belandeln, die schon jetzt so schmal sei, daß sie nur das absolute Nötige enthalte. Dann führt er fort:

„Sentimentalität und absoluter Optimismus sind Erfel-mungen, die in der Strafrechtspflege nicht Raum haben dürfen. Härte und übermäßiger Verismus aber sind auch vom Uebel. Ueber die durchgängige Gefährlichkeit der Bagabondage herrscht jedenfalls vielfach eine übertriebene Meinung. . . . Ich erlaube eine unterschiedliche strafrechtliche Reaktion gegen die aus § 301 Nr. 3-8 verurtheilten Personen theils für unbillig, theils für überflüssig, theils für nutzlos. Die Grenze zwischen verschuldeter und un-

verschuldeter Arbeitslosigkeit, Bettel, Obdachlosigkeit u. s. w. ist gewöhnlich weder für den Strafrichter, noch den Strafvollzugs-Beamten erkennbar. Die überwiegende Mehrzahl arbeits- und mittellose Leute nimmt willig gebotene Arbeit. Freilich hilft ihnen die gelegentlich und meist nur vorübergehend gebotene Beschäftigung, die außerdem in der Regel ihrer Vorbildung und Neigung nicht entspricht, nicht dauernd aus. Wenn man aber z. B. sieht, wie der Berliner Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene in jedem Jahre mehrere Tausend beschäftigungsloser Leute, die meist Landarbeit oder ähnliche Arbeiten nicht kennen, zu solchen Arbeiten auf das platte Land abschickt, so kann man nicht leugnen, daß viele Bettler, Obdachlose, Landstreicher u. s. w. ehrlich bemüht sind, wieder in die Höhe zu kommen.

Wer lesen kann, der sieht aus diesen Darlegungen, daß es nicht verkehrte Reaktionen und böser Wille sind, die viele Leute wegen Landstreicherei und Arbeitslosigkeit in die Gefängnisse und Anstalten führen, — sondern das soziale Elend. Wir meinen, daß das Urtheil dieses Sachmannes schwerer wiegt, als die blühigen Reden jener konservativen Herren, die den Reichstag durch Positionen und eingereichte Gesetzesvorschläge zur Verschärfung der Strafgesetze drängen wollen.

Unerwünschte Wirkungen haben die neueren von den Agrariern, den Jägern und den „Mittelstandsleuten“ erfundenen wirtschaftlichen Gesetze vielfach für die Agrarier selbst gehabt. Erinnert sei beispielsweise an das Börsengesetz, das den Getreidehandel der Öffentlichkeit fast ganz entzogen hat, so daß die auf die Preisbildung wirkenden Faktoren viel schwerer erkennbar sind, als früher. Erinnert sei auch an den Feldzug gegen die Margarine. Gerade die agrarische Hege hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Nahrungsmittel gelenkt.

Auch auf einem anderen Gebiet hat die gekennzeichnete Gesetzgebung für die Arbeiter unangenehme Folgen gehabt. Es hat nämlich das Gesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, durch welches man die Konsumvereine einschränken wollte, auf diese nur fördernd gewirkt. Der Jahresbericht der Leipziger Gewerbelammer konstatiert dies und bemerkt, daß diejenigen, die früher auf Umwegen Waren aus diesen Vereinen bezogen hatten, nun wirkliche Mitglieder wurden.

Vielleicht werden alle diese Erfahrungen dazu beitragen, die agrarischen und die Mittelstandsorganisationen bei der Erpressung neuer Gesetze etwas vorsichtiger zu machen.

Gutsherrn-Armuth. Die „Preussische Schulz.“ bringt nachfolgende Annonce:

Am 1. Januar 99 pos. gläub. u. konsev. Lehrer gesucht für Goymar bei Sonnenwalde. Grundgehalt 900 M. und 250 M. für kirchliche Leistungen. Gute Wohnung und schöner Garten. Standesherrl. Patronat zu Sonnenwalde R. L.

Der Gutsherr hat das Recht, seinem Gutbezirk einen Lehrer aufzubringen, der seinen persönlichen, politischen und kirchlichen Anschauungen entspricht. Was die gesammte Einwohnerschaft des Bezirkes andere Wünsche haben, der Gutsherr hat zu gebieten. Seinen Anschauungen, und wären sie noch so bornirt und rückständig, wird die Erziehung der Kinder des Gutbezirkes unterworfen.

Einem Verband ostdeutscher Industriellen zu gründen haben eine Anzahl Industrieller aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen beschlossen. Dieselben laden ihre Berufsgenossen zu einer begründenden Versammlung auf den 10. Dezember nach Danzig ein. Danzig soll auch der Vorort des neuen Verbandes sein, dessen Zweck die Förderung der industriellen Interessen in den genannten Provinzen bildet.

Der Ruf des Herrn v. Gohler hat also bereits seine Wirkung geübt. Wie werden die Junker murren und knurren, daß die Industrie es wagt, in ihre Gebilde einzudringen!

Daß das Stumm-Organ vor einer Konferenz gegen den Anarchismus Angst haben würde, war zu erwarten. So schreibt es denn heute ganz mörderisch über die von uns in Aussicht gestellte Möglichkeit einer gründlichen Reinigung des Staates und der Gesellschaft von den anarchischen Elementen. Herr Stumm mag sich trösten. Wenn einmal die Herrschaft der Anarchisten und Anarchistenschüler vorüber ist, wird niemandem Bewußtseinszwang angethan werden, und so lange die Anhänger des Anarchismus ihre verderblichen und unsinnigen Theorien nicht gewaltthätig in die That umzusetzen versuchen, wird kein Mensch ihnen ein Haar krümmen. Wenn sie aber das Gesetz gewaltthätig verletzen und ihm den Gehorsam verweigern, so wird man dem Gesetz allerdings Geltung verschaffen müssen. Das wird Herr Stumm doch nicht befehlen oder hemmeln wollen. Oder doch? Wie mehrere Verurtheilungen beweisen, ist sein Respekt vor dem Gesetz freilich nicht sehr groß. Am — schließlichmal wird er nach Befestigung des anarchischen Gegenwärtigkeits noch immer ansüßlicher behandelt werden, als heutzutage irgend ein ehrlicher Arbeiter, der sich, weil er ein ehrlicher Mann ist, seinen — des Herrn Stumm — Joru zugezogen hat. Die „Post“ kann sich also beruhigen.

Von neuen Anweisungen aus Nordschleswig weiß die „Frank. Zig.“ zu berichten. Danach sind aus Sonderburg am Sonnabend wieder 19 Dänen ausgewiesen worden. Seit dem 17. November haben 73 Personen, darunter auch 8 Schweden, diese Segend verlassen.

Karlruhe, 28. November. (Privat-Telegramm.) Die Kammer ist für den 6. Dezember einberufen worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Ratibor der Gerber Carl Morcinek auf 3 Jahre zu 2/3 Jahren, in Weuthen der Schuhmacher Wuzomitz zu 3 Monaten und ebenfalls in Weuthen der Tagelöhner Th. Jarosch zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 28. November. (Abgeordnetenshaus.) Bei Verathung der Indemnitätsvorlage sagt Graf Apponyi, der Kampf werde sich gegen den Ministerpräsidenten, weil die Opposition in ihm die Verkörperung des Korruptionssystems erblicke. Unter den jetzigen Verhältnissen werfe sich von selbst die Frage auf: was thut die Opposition noch im Rahmen dieses Schein-Parlamentarismus? Redner hebt hervor, er würde es nach 23jähriger Thätigkeit als eine Erlösung betrachten, wenn er, ohne eine Pflichtverletzung zu begehen, das Parlament, diesen Schauspiel fruchtlosen Kampfes, nicht mehr zu betreten brauchte. Redner reicht für den Fall, daß sein an die Krone gerichteter Adressentwurf abgelehnt wird, eine Resolution ein, die eine dringende Verhandlung der Ausgleichsfrage fordert. Falls diese nicht vorgenommen würde, möge das Haus aus Mißtrauen zu jener Regierung, welche ihre Absichten bezüglich des Ausgleichs verheimlicht, die Indemnität verweigern. (Beifall links.) Ministerpräsident Baron Vansik erklärt, er wolle sich nur mit dem auf den Ausgleich bezüglichen Theil der Resolution Apponyis beschäftigen. Der Minister fügt hinzu, er sei sehr geneigt, einer Verlängerung der Sitzungen um einige Stunden beizustimmen, um parallel mit der Indemnitätsvorlage die Ausgleichsvorlagen verhandeln zu können. Der Abgeordnete Wegely (liberal) bringt nach längerer Polemik mit dem Grafen Apponyi einen Beschlusantrag ein, welcher der Regierung die Indemnität botirt und volles Vertrauen zur Regierung ausdrückt.

Frankreich.

Affäre Picquart. Aus Paris wird vom 27. November berichtet: Senator Darbey begab sich am Nachmittag im Auftrage der republikanischen Gruppen des Senats zu der Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dupuy, dem Kriegsminister Freycinet und dem Justizminister Debret in der Angelegenheit des Aufschubs für das Erscheinen Picquart's vor dem Kriegsgericht. Dupuy erwiderte,

er habe beschlossen, morgen in der Deputirtenkammer die denselben Gegenstand betreffende Interpellation zu beantworten und bitte den Senat, die Antwort, welche er, Dupuy, morgen ertheilen werde, abzuwarten.

Paris, 27. November. Die „Droits de l'homme“ melden, Esterhazy habe sich vorgestern in Amsterdam nach Amerika eingeschifft.

Nach Meldungen der Blätter hat Frau Drehsus folgende Depesche von ihrem Gatten erhalten: „Ich freue mich mit Euch allen; meine geistige und körperliche Verfassung ist gut.“

Asien.

An der Nordwestgrenze Indiens bereiten sich neue Kämpfe vor. Wie das Reuter-Bureau erzählt, ist bei dem Indischen Amte die Meldung eingegangen, daß der Mullah von Hadda kriegerische Operationen im Swat-Thale begonnen habe. Der Mullah habe den Rabob von Dir aufgefordert, sich ihm bei seinem Angriffe gegen die Engländer anzuschließen; er würde ihn sonst angreifen. Infolge dieser Aufforderung sandte der Rabob seine Truppen gegen den Mullah. Eine Abtheilung Infanterie und eine Eskadron Kavallerie haben den Befehl erhalten, vorzurücken.

Aus der Invaliditäts-Versicherungs-Novelle.

Allgemeines Bestehen muß es erregen, in welcher Weise fortwährend und unbehört durch alle Proteste der Presse die Gesetzentwürfe der Regierung in die Öffentlichkeit gebracht werden. Es geschieht dies nämlich ratenweise in ganz kleinen Portionen und auf meistens recht dunklen Wegen. In dieser Weise wird neuerdings der Etat stückweise in verschiedene Blätter lancirt. Ebenso das preussische Beamtenbesoldungs-Gesetz und die im Bundesrath bereits genehmigte Novelle zum Invaliditäts-Versicherungs-Gesetz. Auch diese gelangt auf uns nicht näher bekannten Wegen bruchstückweise in die Öffentlichkeit. Da muß man fragen: wenn die betreffenden Entwürfe im Staatsministerium bezw. Bundesrath genehmigt sind, warum verhölet man sie ratenweise, anstatt sie vollständig der Öffentlichkeit zu unterbreiten? Haben Beamte ein pekuniäres Interesse an dieser Verkünderungspraxis — oder will man der Kritik die Kraft rauben, indem man ihr die Gesetzentwürfe ratenweise hinwegnimmt?

Der neuesten der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Rate der Novelle zum Invaliditäts-Versicherungs-Gesetz entnehmen wir die folgenden Mittheilungen:

In dem Entwurf eines Invaliden-Versicherungs-Gesetzes ist das Markensystem für die Beitragsberechnung beibehalten worden. Zur Begründung wird geltend gemacht:

„Aus Gründen der Billigkeit mußte an der Vermehrung der Renten nach Arbeitsdauer und Lohnhöhe festgehalten werden; dann aber erstien die Beitragsmarke als das sicherste und leichteste Mittel, um dem Versicherten einen zuverlässigen Nachweis über die Dauer seiner Vertragsleistung und demgemäß über die Höhe seiner Ansprüche, dem Arbeitgeber und der Versicherungsanstalt aber einen bequemen Nachweis über die Ertrichtung der erforderlichen Beiträge zu ermöglichen. Die Vertheilung des auch für ähnliche Einrichtungen üblichen Markensystems erschien uns so unbedenklicher, als der Entwurf dieses System in einzelnen wesentlichen verbessert hat. Zunächst ist über Verlastigungen gellagt worden, die dem Arbeitgeber durch die Beschaffung der Leistungsorten erwachsen. Diese Verlastigungen werden dadurch wesentlich vermindert, daß der Versicherte bei Strafe verpflichtet wird, selbst für die Beschaffung und Vorlegung seiner Quittungsartikeln Sorge zu tragen. Der Mangel einer solchen Vorschrift hat bei der praktischen Durchführung des Gesetzes Verlegenheiten herbeigeführt, zumal eine besondere Verpflichtung des Arbeitgebers, seinerseits für die Beschaffung der fehlenden Karten zu sorgen, nicht besteht und nicht einmal immer Erfolg verspricht, da der Arbeitgeber namentlich bei unständigen Arbeitern die für die Ausstellung der Quittungsartikeln erforderlichen Personalien des Arbeiters oft nicht kennen wird. Die Mähe des Markenlebens ist dadurch ohne Noth vermehrt worden, daß gegenwärtig nur Marken für je eine Beitragswoche bestehen. Die Novelle greift deshalb auf den Regierungsvorschlag, der schon in dem ersten im Jahre 1888 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf enthalten, aber damals vom Reichstage abgelehnt worden war, zurück und sieht die Einführung verschiedener Appoints von Beitragsmarken vor. Hierdurch wird die Vertheilung weniger Marken für größere Zeiträume zulässig. Die einzelnen Appoints soll das Reichs-Versicherungsamt bestimmen; dasselbe wird voraussichtlich neben Wochenmarken auch Marken für je 2 Wochen und für je ein Vierteljahr zulassen. Während gegenwärtig die Marken immer bei der Lohnzahlung eingeliefert werden müssen, ermöglicht der Entwurf die Verbringung der Marken zu anderen Terminen. Nur sollen die Marken in allen Fällen spätestens in der letzten Woche des Kalenderjahres oder bei früherem Aufhören des Arbeitsverhältnisses spätestens bei dessen Beendigung beigebracht werden. Hierbei kann den Wänischen und Interessenten der Arbeitgeber in weitestem Maße Rechnung getragen werden. Die Mähe des Markenlebens wird für die Arbeitgeber ferner dadurch erleichtert, daß die Befugniß der Versicherten, die Marken selbst einzuliefern, näher geregelt wird. Versicherte, die die Marken selbst einliefern, haben gegen den Arbeitgeber einen Erstattungsanspruch auf die Hälfte des für die Lohnklasse vorgeschriebenen Beitrags, sobald die Marke vorchriftsmäßig entwerthet ist. Außerdem sucht der Entwurf die Einziehung der Beiträge von Amts wegen, wobei die Mähe des Markenlebens den Arbeitgebern ganz abgenommen und auf Kronenstellen oder besondere Eingangsstellen übertragen wird, zu fördern, was sich für ständige Arbeiter im allgemeinen bewährt hat. Weiter sieht der Entwurf aber auch die Anlegung von Sammelmarken (Konten) für die einzelnen Versicherten vor, in welche der Inhalt der Quittungsartikeln zu übertragen ist. Die Einzelmarken können alsdann vernichtet werden. Hierdurch wird die festsitzliche Aufbewahrung der außer Verkehr gesetzten Versicherungskonten wesentlich eingeschränkt; es können dann die vielfach hemmenden „Kartenspaläste“ einzelner Versicherungsanstalten für andere Verwaltungszwecke nutzbar gemacht werden. Nach Durchführung aller dieser Verbesserungen werden die Klagen über das Markenwesen nach und nach verschwinden.“

Die „Verbesserungen“ scheinen uns im allgemeinen darin zu bestehen, daß die Arbeiter bei Strafe angehalten werden, verschiedene Verpflichtungen selbst zu übernehmen — und daß man den Unternehmern durch allerlei Bequemlichkeiten die Sache so angenehm wie möglich macht.

Partei-Nachrichten.

Eine **Trauerbotschaft** kommt aus Dortmund. Am Sonntag Abend 8 Uhr schloß dort einer unserer bewährtesten Parteigenossen, der Redakteur des Gewerkschaftsblattes „Drüder Samied“ und Mitredakteur der „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Zeitung“, Fr. Theiß, die Augen für immer. Eine Herzählung machte seinem Leben ein Ende. Theiß, der ein Alter von 51 Jahren erreichte, hat der Arbeiterbewegung sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete sehr schätzenswerthe Dienste geleistet. Durch seine öffentliche Thätigkeit für die Interessen des Proletariats zog er sich mehrere Gefängnisstrafen zu, die in ihn wohl den Keim zu der langwierigen Krankheit gelegt haben mögen, die schließlich dem Wirken unseres Mitkampfers ein Ziel setzte. Die Leiche wird Donnerstag Morgen 9 Uhr zur Erde bestattet. Die deutsche Arbeiterpartei wird Fr. Theiß dauernd ein ehrendes Andenken bewahren!

In **Leipzig** wurden gestern die **Stadtoberordneten** wählen zur dritten Klasse vorgenommen. Ueber das Ergebnis wird uns telegraphirt: Der Wahlstand bleibt durch die Wahl unverändert. Die Kartellparteien behaupteten den ersten und zweiten Kreis, die Sozialdemokraten den dritten und vierten.

In **Stoddeborn**, einem bei Lübeck gelegenen ostpreussischen Orte, gelang es unseren Parteigenossen, nicht nur zwei Vertreter der Nichtbesten in den Gemeinderath zu bringen, sondern auch vier ausgesprochene Arbeiterfeinde aus der Masse der Besten durch Personale zu ersetzen, die für die Funktion eines Gemeinderathsmitglied besser geeignet sind. Die Liste unserer Parteifreunde erhielt 204—205 Stimmen, die Gegner brachten nur 115—117 Stimmen zusammen. Von 448 Wahlberechtigten nahmen 332 an der Abstimmung theil.

Bei der **Gemeinderathswahl** in Greiz in Neuh. d. L. sind unsere vier Kandidaten sämtlich unterlegen. Gegenüber der Wahl von 1896 ist leider auch ein Rückgang unserer Stimmenzahl eingetreten. Damals betrug unsere höchste Stimmenzahl 356, diesmal nur 316. Wie früher so war auch jetzt die Wahlbetheiligung außerordentlich stark; von 1265 Wahlberechtigten, circa 100 mehr als im Jahre 1896, haben 1162 gewählt. Die Ursache der Niederlage erblickt die „Neuh. Volksztg.“ darin, daß Greiz der Sitz der „Vourgeoisie“ und des Hofes ist und daß der sebhafte Handwerkerstand seinem überwiegenden Theil nach antikemistisch gesinnt ist, ferner daß die Erwerbung des Bürgerrechts mit 15 M. Gebühren verknüpft ist. Das ungünstige Resultat dürfte also nicht wunder nehmen; eben könnte man sich darüber wundern, daß es uns vor zwei Jahren gelang, zwei Kandidaten in den Gemeinderath zu bringen.

In **Dortmunder Angelegenheit** schreibt das „Vochumer Volksblatt“ in Beziehung auf den Artikel, der im „Vorwärts“ vom 24. November über den Fall Litzgenau veröffentlicht ist:

Diese Erklärung dürfte wohl bei dem größten Theil der Genossen des westfälischen Westfalens in dem Punkte auf Widerspruch stoßen, wo sie besagt, daß über Uebergabe des Dortmunder Blattes an die dortigen Genossen von seiten des Parteivorstandes nichts im Bege stehe. Wir kennenherne an, daß der erPartei-vorstand durch das Verhalten Litzgenau's und seiner Freunde in eine verzweifelte Lage gerathen ist, trotzdem er in dieser Sache durchaus seine Pflicht gethan hat, aber wir halten es für durchaus falsch, daß er gerade in diesem Punkte nachgibt. Bereits der Parteitag in Bochum hatte sich mit der Uebnahme des Blattes durch die Dortmunder Genossen zu befassen, dort lehnte man die Uebnahme ab gegen die Stimmen der Dortmunder Delegirten, die selbst nicht einmal alle für die Uebnahme des Blattes stimmten. Der Beschluß der Kreis-konferenz, das Blatt zu übernehmen, kam auch nur mit einer Majorität von zwei Stimmen zu stande. Wir bezweifeln überhaupt, daß die Kreis-konferenz berechtigt war, einen solchen Beschluß zu fassen, das ist Sache des Provinzial-Parteitages und wie wir sind überzeugt, daß sich die Genossen des sonstigen Verbreitungsbezirks der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ nicht mit dem Dortmunder Beschluß einverstanden erklären werden. Es sind das die Genossen der Wahlkreise Hagen-Schwelm und Umma-Gamm-Soest. Auch die Wahlkreise Bochum und Hildesheim-Altena, die ihre Zeitungen in der Druckerei der „Rheinisch-Westf. Arbeiterzeitung“ herstellen lassen und an der Besetzung der Redaktion und Geschäftsleitung ebenso interessiert sind, wie die Dortmunder Genossen, werden front dagegen machen, daß die Druckerei in die Hände der Dortmunder Genossen übergeht. Ueber den Provinzial-Parteitag hinweg kann weder die Dortmunder Kreis-konferenz noch der Parteivorstand die Uebergabe des Blattes beschließen. Die Einberufung eines solchen dürfte unbedingt nötig werden, wenn der Parteivorstand an dem in seiner Erklärung vertretenen Standpunkt festhält. Wir können verstehen, daß der Parteivorstand die Ungerechtigkeit nicht mitmachen will, die darin liegt, daß er die Genossen Lehmann und Bloch von ihrer Stellung entfernen soll, was die Kreis-konferenz in die milde Form „verlegen“ überseht. Aber wenn der Parteivorstand die Regelung der Sache jetzt den Genossen überlassen will, dann hat er sich an die Genossen des Verbreitungsbezirks der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ und deren Kopfblätter zu wenden, deren Einverständnis ist erst einholen muß. Wir haben bisher darauf verzichtet, uns in die Streitigkeiten der Dortmunder Genossen zu mischen, so sehr wir sie verurtheilen. Wir haben nicht viel ins Feuer gießen wollen, aber sagen müssen wir doch, daß die „Gründe“, die für Lehmann's und Bloch's Entlassung bisher vorgeführt wurden, den Provinzial-Parteitag nicht dazu bringen würden, die „Verlegung“ zu verlangen. Kraftworte sind keine Gründe. Sollte dem Provinzial-Parteitag die Garantie geboten werden, daß durch den Weggang der Genossen Lehmann und Bloch die endlosen, alle Parteithätigkeit hemmenden Fankereien aufhören würden, dann würde sich vielleicht auch dort eine Majorität finden, die den beiden Genossen den Rath geben würde, sich möglichst nach einer anderen Stellung umzusehen. Aber würde man eine solche Garantie bieten können? Wir fürchten — Nein! Im übrigen halten wir an der Erklärung des Genossen Gerich fest (und wir hoffen das auch vom Parteivorstand), die er auf der Kreis-konferenz in Dortmund abgab und die darin gipfelte, daß ohne die berufene Vertretung des Verbreitungsbezirks, das ist ohne den Parteitag für das westfälische Westfalen, nicht über die Druckerei der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ verhandelt werden kann.

In **Düsseldorf** wurde zum 1. Vertrauensmann Karl Borges (Konfordienstraße 95, pt.), zum 2. Vertrauensmann J. Schriebers (Willer Allee 167) gewählt.

Der **Bericht des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei** Wadens an die am 11. Dezember in Offenburger tagende 9. Landesversammlung ist dieser Tage erschienen. Die Landesversammlung — die zweite in diesem Jahre — war ursprünglich auf den Januar 1899 anberaumt, sie muß aber wegen der Nothwendigkeit, die Preßfrage (Verlegung des „Volksfreunds“ nach Karlsruhe) vor Anfang des neuen Jahres zu erledigen, früher abgehalten werden. Aus dem Bericht des Landesvorstandes geht hervor, daß der deutsche Parteivorstand unter der Bedingung einen namhaften Zuschuß zu dem Unternehmen leisten wird. Daß die badischen Parteigenossen aus eigenen Mitteln 4—5000 M. aufbringen. Der vom 21. d. M. datirte Kassenericht quittirt als bis dahin für den Preßfonds eingegangen 2112,09 M. Bis heute dürfte diese Summe auf 2500 M. angewachsen sein. Wenn die Landesversammlung die Verlegung beschließt, dann wird der „Volksfreund“ in Karlsruhe in einer von Genossen Adolf Weder noch einzurichtenden Druckerei hergestellt werden. Der Bericht empfiehlt sodann der Landesversammlung die Herausgabe eines Wauer-Kalenders zum Preise von 25 Pf.

Bei den **Reichstagswahlen** bespricht der Bericht die drei Wahlsiege im 9., 10. und 11. badischen Wahlkreis, konstatiert aber, daß in den übrigen Wahlkreisen unsere Stimmenzahl nicht in der erwarteten Weise gestiegen ist. Der Zuschuß der Parteikasse zu den Wahlkosten betrug 3500 M.; der Landesvorstand glaubt, bei den nächsten Wahlen auf die Unterstützung von Berlin verzichten zu können, da schon dieses Mal das weitaus große Mehr von den badischen Genossen selbst aufgebracht werden konnte. Die Zahl der für sozialdemokratische Kandidaten in Waden abgegebenen Stimmen betrug rund 50 100 gegen 37 500 bei der vorletzten Reichstagswahl. Der Stimmenzuwachs beträgt 34 pCt.

Der „**Volksfreund**“ kam dieses Jahr ohne den Staatsanwalt durch; sein Gerichtskonto ist nicht belastet. Bei der Mannheimer „Volksstimme“ sind unseres Wissens eine kleinere Freiheitsstrafe und einige Geldstrafen zu verzeichnen.

Die **Landesorganisation** zählt gegenwärtig 88 Mitgliedschaften mit 3706 Mitgliedern. Der **Kassenericht** verzeichnet 6802,14 M. Einnahmen, 6560,22 M. Ausgaben und 241,69 M. Kassendefizit.

Politikalisches, Gerichtliches u.

— Aus **Magdeburg**. Redakteur **Albert Schmidt** soll in einer Rede, die er in Aßerleben über die sogenannten Justizvorlage gehalten hat, den Kaiser beleidigt haben. Schmidt, der am Sonnabend über diese Anschuldigung vernommen wurde, konnte nur erklären, daß er die ihm zur Last gelegten Redewendungen nicht gebraucht hat. — Die Verurtheilung des Redakteurs August Müller zu sechs Wochen Gefängniß wegen Reichsanwalterbeleidigung ist vom Reichsgericht bestätigt worden.

— In die **Feiten des Sozialistengesetzes** erinnert ein Urtheil, das am 26. November vom Landgericht in **Zwickau**, S. bestätigt

wurde. In Hohenstein-Ernstthal war der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ verboten worden. Groß Mitglieder desselben schlossen sich der — vermittels neu gegründeten — Turnabteilung des dort bestehenden Volksvereins an. Dies wurde als Fortsetzung des verbotenen Vereins „Vorwärts“ betrachtet. Das Schöffengericht verurteilte 8 Turner zu je 12 W., 3 zu je 6 W. und 1 zu 3 W. oder entsprechender Freiheitsstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt W. L. S. suchte vor dem Landgericht vergeblich die Aufhebung des Urteils zu erwirken.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Götting wurden die Kandidaten der Gewerkschaften mit rund 1300 Stimmen gewählt; eine gegnerische Liste war nicht aufgestellt.

Sämtliche Arbeiter der Maschinen- und Feilenfabrik in Numendorf bei Halle stellten wegen Mangelregelung dreier Kollegen die Arbeit ein. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Lüneburg gedenken die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung einzutreten und den Unternehmern nachstehende Forderungen zu unterbreiten: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, 2. Einführung eines Minimallohnes von 32 Pf., für Ueberstunden 40 Pf., Minimallohn bei Zimmermeistern 38 Pf., 3. Lohnsicherung bei Alfordarbeit, 4. Einführung von Lohnbüchern, 5) Lohnzahlung am Freitag.

Metallarbeiter-Konferenz in Bochum. Am 20. November er. tagte in Bochum eine Konferenz der Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes aus dem engeren Ruhrbezirk. Vertreten waren 11 Zahlstellen durch 18 Delegierte. Auf der Tagesordnung standen die beiden Punkte: Wie haben wir die Organisation der Metallarbeiter im Ruhrrevier? Arbeitslosen-Unterstützung. Nach eingehender Darstellung über die der Organisation im Ruhrrevier entgegenstehenden Hindernisse machte der Referent D. W. E. L. folgende Vorschläge. Im Ruhrrevier soll ein besoldeter Vertrauensmann angestellt werden. Dieser muß möglichst überall Zweig-Zahlstellen errichten. Um für bestimmte Fragen: Arbeiterschutz-Vorrichtung, Arbeitszeit, Kassenwesen u. Massenbewegungen der Metallarbeiter einzuleiten, soll der Vertrauensmann die Verhältnisse in der Metallindustrie in der Arbeiterpresse eingehend erörtern und so zur allgemeinen Kenntnis bringen. In diesem Zwecke soll er mit bestimmten Personen aus den einzelnen Orten im ständigen Verkehr bleiben, um so alle sich ergebenden Mißstände in Erfahrung zu bringen und zusammenstellen zu können. Zu den Vorträgen, die regelmäßig vom Vertrauensmann gehalten werden, soll er besonders die „gründliche“ Gewerkschaftsbewegung in ihrer, die Arbeiter vergebendem Zustill befechtend. Eine Resolution, welche von der nächsten Generalversammlung verlangt, daß sie den obigen Vorschlägen näher tritt, gelangte zur Annahme. Dagegen stimmten die Delegierten aus Dortmund, Witten und Hagen, welche wohl für Anstellung der Vertrauensleute sich aussprachen, aber die Eintheilung der Bezirke dem Vorstände überlassen wollten. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung, entspann sich eine lebhaft Diskussion. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche sich für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ausspricht. Gegen die Arbeitslosen-Unterstützung waren die Delegierten von Dortmund, Witten und Hagen.

Ausland.

In Bukarest ist der Streik der Eisenbahner in der Postalkriegsgesellschaft beendet. Der Streik ging verloren, da unter den Ausführenden einige wankelmützig wurden. Nicht minder hat die Polizei dazu beigetragen, den Ausführenden den Kampf zu erschweren. Sofort bei Beginn des Streiks wurden zwei deutsche Arbeiter mit ihren Familien ausgewiesen. Einer von ihnen war gar nicht am Streik beteiligt. Dabei ist interessant, wie der deutsche Konsul in Bukarest die deutschen Staatsangehörigen schützt. Auf die Beschwerde der Frau eines der Ausgewiesenen erhielt diese von dem Herrn Konsul die Befehle, sie möge sich an den Botschafter wenden. Selbstverständlich geschah vom Verein alles, was man thun konnte, um die Noth zu lindern, aber nach einem Schuß der Deutschen im Ausland sah der Beschädigte des Herrn Konsuls nicht aus. Allerdings, wenn die deutsche Regierung selbst die größte Intoleranz gegen Ausländer wälten läßt, kann sie von einer anderen Regierung keine wohlwollende Stellung zur gleichen Frage verlangen.

Soziales.

Die soziale Gesetzgebung zum Gegenstand des ärztlichen Studiums an den Universitäten zu machen durch Errichtung einer besonderen ordentlichen Professur in der medizinischen Fakultät empfiehlt die „Kölnische Volkszeitung“. Wenn jede Universität einen beruflichen Vertreter und Kenner dieser Materie habe, so würden sich die Ärzte dort ebenso gerne Rathes erholen wie die Berufsgenossenchaften, Schiedsgerichte u. Die „Allg. Volksz.“ beauftragt sich die Richtigkeit ihres Vorschlags auf zwei Fälle, wo durch Betriebsunfälle verletzte Personen trotz vollständiger Erwerbsunfähigkeit keine Anwartschaft erhalten konnten, weil sie den erforderlichen Antrag nicht zu spät gestellt hatten. In beiden Fällen handelte es sich um Unfälle, die erst nach langer Zeit zu völliger Erwerbsunfähigkeit der Verletzten geführt hatten. Wenn die Ärzte, die die beiden Verletzten behandelten, das Unfallversicherungs-Gesetz gekannt hätten, so hätten sie die Verletzten darauf aufmerksam gemacht, sich ihr Recht an die Unfallversicherung beigeiten zu sichern.

Die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen wird der hauptsächlichste Gegenstand der Verhandlungen des nächsten deutschen Ärztekongresses sein, der im März 1899 in Dresden abgehalten werden soll. Als Referenten für dieses Thema sind vom Geschäftsausschuß des deutschen Ärztenvereins-Rundes die Herren Landberg, Berger aus Posen und Weiß aus München bestimmt worden.

Gesundheitsgefährlichkeit der Goldbuchmacherei. Als ein Handwerksbetrieb schlimmster Art wurde in einer Sitzung des Nürnberger Polizeienats die Goldbuchmacherei bezeichnet. Auf Anregung des Fabrikinspektors hatte die Polizei die Werkstätten der Goldbuchmacher von einem medizinischen Sachverständigen untersuchen lassen. Es ist dabei folgendes festgestellt worden: Damit die Heften, worin das Schamgold aufbewahrt wird, nicht das Gold annehmen, werden die Blätter mit Nöselfarbe oder Champagnerkreide eingerieselt. Hierbei entsteht Staub, der für die mit dieser Arbeit beschäftigten Personen — es werden Mädchen dazu verwendet — höchst gesundheitsgefährlich ist. Dennoch wird den Mädchen zugemuthet, täglich 10—12 Stunden lang diese verderbbringende Arbeit zu verrichten. Ihr Wochenverdienst soll 15—16 M. betragen. Der Polizeienat beschloß, die bayerische Regierung zu ersuchen, beim Bundesrathe zu beantragen, daß das Reichs-Gesundheitsamt Versuche anstellen solle, ob das Einrieseln der Goldbuchblätter nicht auf mechanischen Wege zu bewerkstelligen wäre. Da die Nürnberger Goldbuchmacher nur kleine Geschäftskunde seien, könne man ihnen derartige löstspiegelnde Versuche nicht zumuthen. In Hietz, wo sich vier Goldbuchmacher befanden, lägen die Verhältnisse ganz ähnlich.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Bankier und Stürzer hielt am 18. November seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers befreiten sich die Einnahmen im letzten Vierteljahr auf 80,70 M., die Ausgaben auf 5,10 M., mit dem alten Bestand von 443,08 M., verbleibt somit ein Kassenbestand von 524,68 M. Der Vermögensfonds beträgt 352,45 M. Die hierauf vorgenommenen Ertragsabgaben des Vorjahres ergaben: Max Schulz erster, Karl P. A. de zweiter Vorsitzender, Franz P. O. L. zweiter Kassier und Hermann P. u. r. f. e. Revisor. Die Mitglieder Fritz Ruben, Ernst Künze und Karl Gerstmann wurden wegen Nichterlösung

ihrer Pflichten aus dem Verein ausgeschlossen. Hierauf gelangten noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten zur Erledigung.

Die Habsburger (Zentrale III des Zentralverbandes der Maurer) wählten in ihrer letzten Versammlung als Delegierte zu der am 30. November bei Jubel, Lindenstr. 106, stattfindenden Arbeiterkonferenz W. Müller und F. Reichardt. Ferner wurde beschlossen, die Streiklisten für 1898 bis längstens 30. Dezember mit einem Schlußstempel zu versehen. Im nächsten Monat soll eine Agitations-Versammlung stattfinden, in der H. V. o. m. e. l. b. u. r. g. - Hamburg über „Zentrale und lokale Organisation“ referiren wird. Willens zum Vergleichen sind, wie mitgeteilt wurde, am Sonntag im Vereinslokal zu haben.

Eine Versammlung der Tapezierer, die am 23. d. M. tagte, beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu der kombinierten Versammlung des Verbandes. Leo Schmidt erklärte eingangs der Verhandlungen, daß die Agitationskommission mit der Einberufung der Versammlung nichts zu thun habe. Die Debatte gipfelte in heftigen Anklagen gegen die Agitationskommission und beteiligten sich an derselben Gockle, Viester, Holzhammer, Schrödter, Straßer, Seidel, Kielmeier und Menze, während Engel einen entgegengesetzten Standpunkt einnahm. Am Schluß erwähnte der Vorsitzende, trotz des Streites fest an dem Verbands zu halten und sich durch niemanden beeinflussen zu lassen.

Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (zentrale Richtung) hielten am Sonntag im Englischen Garten eine Versammlung ab, in der Rechtsanwalt Freudenthal über den elektrischen Betrieb der Straßenbahnen und die §§ 315 und 316 des Strafgesetzbuches referirte. Der Redner erläuterte in seinen Ausführungen die Bestimmungen der genannten Paragraphen, die nach dem Reichsgericht's-Entscheidungen wohl nicht auf den Betrieb der Pferde-Eisenbahnen, wohl aber auf den der elektrischen Straßenbahnen, weil hier die mechanische Kraft in Betracht kommt, Anwendung finden. Im Anschluß hieran machte er auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen den Dampf-Eisenbahnen und den elektrischen Straßenbahnen besteht. Im Gegensatz zu den letzteren seien die elektrischen Straßenbahn-Trains sehr schnell und auf sehr kurzer Strecke zum Halten zu bringen und bei praktischen Einrichtungen und bei genügender Vorsicht können Unfälle leicht vermieden werden, so daß die Anwendung der Bestimmungen in den §§ 315 und 316 in der gegenwärtigen Fassung nicht angebracht erscheint und deshalb sich eine Aenderung des Gesetzes notwendig mache. Im weiteren verweist der Redner auf den Widerspruch, der sich aus den Bestimmungen der §§ 316 und 230 des Strafgesetzbuches ergibt. Während der § 316 die Geldstrafe ausschließt und folgebefreit bei fahrlässiger Gefährdung des Lebensverlebens auf Freiheitsstrafe erkannt werden muß, ist die Geldstrafe zulässig, wenn damit gleichzeitig eine Verletzung von Personen verbunden ist, da dann der § 230, der andererseits schwähere Strafbestimmungen aufweist, nach der Gerichtspraxis zur Anwendung kommt. Dabei sei es sehr leicht möglich, daß jemand, der einen unerheblichen Zusammenstoß mit der Straßenbahn schuldhaft verursacht hat, ohne daß dabei Personen verletzt wurden, mit Gefängnis bestraft wird, während sofort auf Geldstrafe erkannt werden kann, wenn Verletzungen von Personen stattgefunden haben. Der Redner hält insbesondere die Aenderung des § 316 für notwendig, dahingehend, daß auch bei Anwendung desselben Geldstrafe zulässig ist, und spricht sich im weiteren für den Erlaß einer Polizei-Verordnung aus, welche die Interessen des Publikums wahrt und Bestimmungen enthält, wodurch den Straßenbahn-Gesellschaften Maßnahmen auferlegt werden, die geeignet sind, die Gefahr in den Straßen Berlin zu beseitigen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der von einigen Rednern mehrere Unfälle durch die elektrischen Straßenbahnen geschildert wurden und in der die Anführer von Expeditionswagen anführten, daß insbesondere ihre Kollegen durch den Betrieb der elektrischen Wohnen schwer zu leiden haben. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die meisten Unfälle durch Ueberanstrengung der Führer der elektrischen Wagen, die häufig auch nicht genügend vorgebildet sind, verursacht werden und ferner darauf, daß die nur auf hohe Dividende bedachte Straßenbahn-Gesellschaften nicht die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen einrichten. Bekannt gegeben wurde, daß sich bereits ein Theil der Wagenführer der Organisation angeschlossen haben um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Hierauf wurden zu dem in Kassel stattfindenden Veruskongress Certeil, Schulz, Wolf, Streiter und Schumann als Delegierte gewählt. Eine längere Diskussion entspann sich über die geplante Errichtung eines Arbeitersekretariats in Berlin. Hierbei gaben verschiedene Redner der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaft der zentralen Richtung nicht genügend berücksichtigt wurde, daß der Sekretär der Gewerkschaftskommission in den verschiedenen Fragen parteiisch und zu gunsten der lokalen Richtung gehandelt habe und der jetzige Sekretär dem Vollen, den er inne hat, im allgemeinen nicht gewachsen sei. Die Versammlung erklärte sich schließlich im Prinzip mit der Einstellung eines zweiten Beamten und zwar eines Statistikers einverstanden, jedoch soll in einer späteren Versammlung die Frage noch einmal eingehend diskutiert werden.

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in Spandau referirte am Donnerstag Genosse Ledebour über das Thema: „Bedürfnis der Arbeiter in den Staatswerkstätten des Koalitionsrechts“. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in ansprechender Weise, indem er sich über die Bedürfnisse der deutschen und englischen Gewerkschaftsbewegung und über die Bedeutung der kapitalistischen Vereinigungen in Trutz, Kartellen u. s. w. des näheren verbreitete. Räder von Berlin gab bekannt, daß zu dieser Versammlung der neu gewählte Vertreter für den Reichstag, Thälertmeister P. u. l. i. - Potsdam, schriftlich eingeladen worden sei; dieser habe jedoch abledend geantwortet, da sein Standpunkt zu dieser Frage (betreffend Koalitionsrecht der Staatswerkstätten-Arbeiter) im Wahlkreis bekannt sei, und er auch nicht die Erfahrungen, die sein Vorgänger, Pastor Schall, in solchen Versammlungen gewonnen hätte, an sich wiederholen möchte. Räder schloß daraus, wie wahr das Sprichwort sei, daß sich die hiesigen „Volksvertreter“ nur vier Wochen vor jeder Wahl etwas um die Arbeiter kümmern, dann aber die Freundschaft aufhört.

Friedrichberg. Im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein sprach am Dienstag Genosse Koyke über das Thema: „Mittelstands-Politik“. Der Sinn seiner Ausführungen war, nicht Mittelstand, sondern sozialdemokratische Politik wollen die Arbeiter. In der regen Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Vortragenden. Der Verein beschloß, die Parteitag's-Protokolle anzufaufen und sie den Mitgliedern zu einem geringen Preise, 20 Pf. pro Stück, abzugeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Dichter Conrad Ferdinand Meyer ist am Montag Nachmittag auf seinem Gute Rilehberg am Züricher See infolge eines Schlaganfalls gestorben. C. F. Meyer war neben Gottfried Keller der bedeutendste schweizerische Dichter. Insbesondere seine Romane hatten sich in den letzten Jahrzehnten einen großen Leserkreis erworben. Wir werden auf das Wirken des Verstorbenen zurückkommen.

Wien, 28. Novbr. (W. Z. V.) Die „Abendpost“ schreibt: Die „Abendpost“ schreibt: Die Montagblätter läuten die Jubiläumswache mit Festtänzen ein und präladieren dem Feste des Kaisers und seiner Wälder mit begeisterten Betrachtungen, worin sie den Tugenden des Monarchen als Reichthum und Regenten huldigen und mit berechtigtem Hochgefühl des Unterschiedes zwischen einst und jetzt gedenken. Hier und dort werden an den festlichen Momenten Ausblicke auf die heutige politische Lage der Monarchie im Innern und nach außen angeknüpft und überall klingt der Wunsch an, die Jubelfeier des Kaisers möge der Ausgangspunkt einer friedlicheren Gestaltung im Innern werden.

Wien, 28. November. (W. Z. V.) In der vergangenen Nacht zwischen 1 Uhr 20 und 30 Minuten wurde an vielen Orten Steiermarks ein starkes Erdbeben wahrgenommen, welches mehrere Sekunden anhielt.

Triest, 28. November. (W. Z. V.) Der gestern aufgetretene Orkan hatte so hohen Wellenschlag und so heftige Springfluth zur Folge, daß das Meerwasser in die Straßen flog und die Keller unter Wasser setzte, wodurch die darin lagernden Waaren theils beschädigt und theils vernichtet wurden. Auch der Straßenbahnverkehr mußte des Hochwassers wegen eingestellt werden.

Budapest, 28. November. (W. Z. V.) In der heutigen Abgeordnetensitzung setzte die Opposition die Diskussion über die Antwort des Kultusministers in der Angelegenheit der päpstlichen Bildertänze mit 165 gegen 85 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Leunberg, 28. November. (W. Z. V.) In der Gemeinde Parodyszegle Gelnarosi überfiel eine Anzahl Gauner das Ortswirthshaus, zertrümmerte Fenster, Thüren und Möbel und raubte Branntwein und einen Gelddbetrag von 80 Gulden. Dann drangen die Gauner auf fünf Juden ein und schlugen dieselben. Die Gendarmerie stellte die Ordnung wieder her und verhaftete acht der Uebelthäter.

Paris, 28. November. (W. Z. V.) In der heutigen Kammer Sitzung interpellirte der Deputirte Vos die Regierung über die Verweisung Picquart's an ein Kriegsgericht, bevor der Kassationshof sich über die Dreyfus-Angelegenheit ausgesprochen. Mehrere radikale und sozialistische Deputirte, darunter hauptsächlich Millerand, unterstützten die Interpellation. Cassagnac, der Leiter der Antorität, bekämpfte den Antrag der Radikalen und Sozialisten. Poincaré, der früher unter dem Kabinett Dupuy im Jahre 1894 Minister war, hielt hierauf eine sensationelle Ansprache, in welcher er erklärte, daß General Mercier im Jahre 1894 ungerecht gehandelt habe, indem er Dreyfus gerichtlich verfolgen ließ, ohne die übrigen Minister davon zu unterrichten. Dreyfus sei vier Tage verhaftet gewesen, ohne daß weder Dupuy noch ein anderer Minister Kenntniß davon gehabt hätten. Poincaré spricht sich in heftigen Worten gegen die Haltung Mercier's aus und sagt, die Minister des Kabinetts Dupuy von 1894 hätten keinen anderen Beweis von der Schuld Dreyfus' gehabt als das Vorderaun. Als sodann der frühere Kriegsminister Cavaignac die Tribüne betritt und zu sprechen beginnt, wird er mit Hohnlächer und heftigem Lärm empfangen, so daß er nicht sprechen kann. Poincaré ergreift nochmals das Wort und fordert Verzagung des Prozeßes Picquart bis nach Beendigung des Dreyfus-Prozeßes vor dem Kassationshofe. Freychinet bekämpft den Vorschlag und sagt, die Regierung müsse sowohl die bürgerliche, als auch die militärische Rechtssprechung anerkennen. — Die Sitzung dauert noch fort.

Paris, 28. November. (W. Z. V.) Unter dem Vorsitz Pressensé's und Morand's fand gestern eine Protestversammlung statt, in welcher Präsident Faure für die Behandlung Picquart's verantwortlich gemacht wurde. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher der Generalstab beschuldigt wird, sich in offener Opposition gegen die Gehege zu befinden. Das Parlament wird daher aufgefordert, vom Generalstab zu verlangen, daß er die Gehege beachte und Picquart freilasse. Weiter wird in der Resolution erklärt, wenn die Regierung dem ungerechtfertigten Verfahren gegen Picquart nicht Einhalt gebieten würde, dann würden die Revolutionäre und Sozialisten Mittel und Wege finden, Picquart zu befreien. Die Resolution schließt mit den Worten: „Es lebe Picquart, die Justiz, die Freiheit!“

Paris, 28. November. (W. Z. V.) Deputirtenkammer. Ministerpräsident Dupuy sagt: Es ist gut, daß die Angelegenheit Dreyfus auf ihrem gerichtlichen Boden verbleibe; dies ist das einzige Mittel, Licht zu schaffen. Redner fragt, weshalb Picquart so lange gewartet habe, um die Wahrheit an den Tag zu bringen. (Lebhafte Beifall.) Wir weigern uns, die Verzagung anzunehmen. (Beifall.) Einen solchen Befehl zu geben, selbst wenn wir das Recht dazu hätten, hieße das Prinzip der Trennung der Gewalten verletzen. Wir thun es nicht aus Eigensinn, sondern wegen der schlechten Auslegung, die das Land unserem Befehl geben würde. (Beifall.) Die politische Gewalt hat hier nicht zu interveniren; es würde dies zur Willkür führen. Parlament und Regierung haben nicht zu urtheilen über einen Zusammenhang, welcher zwischen den Angelegenheiten Dreyfus und Picquart bestehen könnte. Unsere Intervention würde den Charakter eines Einpruchs haben. Nichts kann das Werk des Kassationshofes aufhalten. Wir bleiben unserer Erklärung treu und werden die Entscheidungen der Justiz achten. Wir sind eine Regierung des Gesetzes, wir lehnen es ab, eine Regierung der Willkür zu sein. (Lang anhaltender Beifall.)

Ribot billigt die Erklärung der Regierung, daß sie die Trennung der Gewalten achte, meinte aber, die Regierung sei Herrin, was die Opportunität des Datums der Einberufung des Kriegsgerichts angehe. Hiernach wurde Schluß der Diskussion ausgesprochen und sind zehn Tagesordnungen eingebracht. Die Regierung nimmt die Tagesordnung Dujardin an, welche besagt, die Kammer gehe zur Tagesordnung über, indem sie die Erklärungen der Regierung, welche das Prinzip der Trennung der Gewalten respektiren, billigen.

Die Tagesordnung Dujardin wird schließlich mit 437 gegen 73 Stimmen angenommen.

Rom, 28. November. (W. Z. V.) Hier geht das Gerücht, der Papst sei erkrankt.

Rom, 28. November. (W. Z. V.) Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen, Canevaro, legte einen Gesuchentwurf vor betreffend das Darlehen von einer Million für die provisorische Reglement auf Areta. Der Gesuchentwurf, dessen Dringlichkeit erklärt wird, wird der Budgetkommission überzulesen. — Das Haus wandte sich alsdann der Beratung der Adresse zu, die als Antwort auf die Thronrede dem König überreicht werden soll. Die Adresse wurde mit allen gegen 10 Stimmen der äußersten Linken angenommen.

Rom, 28. November. (W. Z. V.) Deputirtenkammer. Schluß. In Beantwortung der Interpellationen betreffend die Kolonia-Politik führte der Minister des Auswärtigen, Canevaro, aus, die Regierung werde die Möglichkeit thun, um Verwidelung in bezug Erträge zu vermeiden. Italien sei und werde auch völlig freud der Streitigkeiten zwischen Mexiko und Las Mangascha bleiben. Die Erklärungen die Cicco di Cola abgab, seien völlig beruhigend. Wenn Mexiko auf dem Marcke gegen Las Mangascha, welcher im Besitze sei, sich zurückzuziehen, auch von der neuen Grenze Besitz zu nehmen beabsichtige, so seien die Beziehungen Italiens zu Mexiko doch derartige, daß eine freundschaftliche Verständigung in jedem Falle gesichert ersehe. Redner erklärt, es sei unmöglich, gegenwärtig noch weiter die Aufgaben für Erträge herabzusetzen, weil man nicht ohne Gefahr die einheimischen Streitkräfte der Kolonialen Armee vermindern könnte. Die Regierung beabsichtige, weder die Kolonie anzunehmen noch eine Politik der Eroberung wieder aufzunehmen, sie werde eine Politik der Sammlung und des Friedens einleiten und jetzt sich besonders zum Ziele, die Kolonie zu organisiren, um ihre wirtschaftlichen und Handelsinteressen zu entwickeln. (Gut.) Die Einrichtung einer Zivilregierung beweise, so schließt der Redner, daß wir ganz und gar gegen eine Politik der Eroberungen sind; aber wenn wir auch keine Eroberungen wollen, so beabsichtigen wir doch keineswegs, irgend einen Theil unseres Gebietes aufzugeben. (Gut.) — Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Bukarest, 28. November. (W. Z. V.) Die Kammer wählte den regierungsfreundlichen früheren Präsidenten Giannu mit 90 Stimmen wieder. Der Kandidat der gereinigten Opposition, Flevo, erhielt 86 Stimmen. Der Senat wählte Nikolans Ganea wiederum zum Präsidenten.

Tripolis, 28. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Eine Karawane aus dem Sudan wurde von dem Libbaos- und Reichsadamm bei Kalessele in der Nähe von Ghai an der Grenze von Fezzan überfallen und gefangen genommen. Achtzig Kameel-lasten Straußenfedern und 380 Kameellasten Sudanfelle sind verloren gegangen. Fünfzig Personen wurden getödtet. Die Karawanen-führer ist unterbrochen.

Lokales.

Den Parteigenossen des ersten Reichstags-Wahlkreises die Mitteilung, daß heute im großen Saale des Herrn Cohn, Weirstraße 20, eine Versammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Dr. Herzfeld einen Vortrag über die Weltlage hält.

Sonnabend, den 3. Dezember, hält der Wahlverein für den ersten Reichstags-Wahlkreis ein Familienfrühstück in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20, ab. Einladungskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Zahlreiche Beteiligung der Genossen erwartet.
Der Vorstand.

Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag im Saale der Brauerei Friedrichshain eine Versammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter Nebel über das Thema: „Was haben wir von dem kommenden Reichstag zu erwarten?“ sprechen wird. Um rege Beteiligung eruchtet.
Die Vertrauensperson.

Der nächste Diskussionsabend des Wahlvereins Berlin VI findet am Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr bei Tröpp (Wedding-Parc), Müllerstr. 178, statt. Nicht des gesammten Vorstandes ist es, dort ebenfalls anwesend zu sein.

Zur Lokalliste. Am 18. Dezember erscheint die neue Lokalliste. Ich erlaube daher die Lokalkommissionen Berlins und der Provinz Brandenburg, Änderungen resp. Neuaufnahmen bis spätestens den 13. Dezember an mich einzubringen. Nachträge werden in Zukunft wöchentlich nur einmal veröffentlicht. Z. A.: Die Lokalkommission. C. Scholz, Brangelstr. 110 part.

Das Lokal von Herrn Brodnow, Schönhauser Allee 28, steht der Arbeiterschaft unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung.
Die Lokalkommission.

Die Höhe der Straßeneinigungs-Kosten ist größtenteils von den Witterungsverhältnissen abhängig. Besonders die winterlichen Arbeiten sind von wesentlichem Einfluß insofern, als bei starken Schneefällen die Kosten der Schneebeseitigung einen sehr beträchtlichen Bestandteil der gesamten Ausgaben bilden. Das Jahr 1897/98 fiel in dieser Beziehung in starkem Gegensatz zu dem Vorjahre 1896/97. Für die Straßeneinigung einschließlich Verschwendung wurden 1897/98 (bzw. 1896/97) insgesamt 2 385 661 (3 088 200) M. ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen — 212 169 (195 235) M. — waren aus städtischen Mitteln 2 126 468 (2 842 965) M. zuzuführen. An den Ausgaben war die Schneebeseitigung mit 23 581 (729 130) M. beteiligt. Hinsichtlich dieses Ausgabenpostens war in den letzten 19 Jahren das schlechteste Jahr 1897/98 das zweitbilligste, das schlechteste 1896/97 dagegen das zweitteuerste. Das überhaup billigste war 1893/94 mit 10 605 M., das überhaup teuerste 1894/95 mit 885 567 M. Je nach den Witterungsverhältnissen des Winters steigen und fallen auch die Ausgaben für die Hilfsarbeiter (Schneeschipper); denn gewöhnlich werden Hilfsarbeiter nur angenommen, wenn größere Schneefälle eintreten. Für Hilfsarbeiter wurden 1897/98 (bzw. 1896/97) 13 208 (136 269) M. ausgegeben. In den Ausgaben für Hilfsarbeiter war 1897/98 das drittbilligste, 1896/97 das fünfthteuerste der letzten 19 Jahre. Das überhaup billigste war 1893/94 mit nur 3690 M., das überhaup teuerste 1879 mit 228 531 M. (welchem das Jahr 1894/95 mit 224 134 M. sehr nahe kam). Es liegt auf der Hand, was solche Unterschiede für die Arbeitslosen Berlins zu bedeuten haben. — Wenn man die Kosten der Schneebeseitigung als ungewisse Nebenabgaben beiseite läßt, so sind die Ausgaben für die Straßeneinigung heute nicht viel höher als vor 20 Jahren, obwohl die Straßensfläche seitdem doppelt so groß geworden ist. Die Einführung der Kanalisation und die Verbesserung des Pflasters haben sich dabei vorteilhaft geltend gemacht. — Die Witterungsverhältnisse sind übrigens auch auf die Leistungen der Straßeneinigung von wesentlichem Einfluß. Bei schmutzigem Wetter ist die Arbeit natürlich größer und schwerer. Der Stadt erwachsen aber hieraus keine besonderen Ausgaben. Die Kosten haben die Straßeneinigungs-Arbeiter zu tragen; sie müssen bei schlechtem Wetter länger arbeiten, ohne daß sie eine Vergütung dafür erhalten.

Zur Beurteilung der Erfolge der städtischen Heimstätten für kranke Veraltete weist der ärztliche Bericht über die Heimstätten zu Malsow (für brustkranke Männer) darauf hin, daß die Heimstätten auf einer ganz anderen Grundlage beruhen als die jetzt an vielen Orten entstehenden Heimstätten für solche Kranken und daher mit aus diesen letzteren Anstalten verglichen werden können. Die Heimstätten nehmen grundsätzlich nur solche Personen auf, die begründete Aussicht auf Heilung bieten, und treffen deshalb eine sehr sorgfältige Auswahl. Sie machen meist auch die Möglichkeit eines längeren Aufenthaltes zur Aufnahmebedingung. Die städtischen Heimstätten dagegen stehen allen Kranken offen, gleichviel ob sie Aussicht auf Heilung bieten oder nicht. Die Kranken sollen nur nicht sehr fortgeschrittenen Stadium der Krankheit befinden, sondern die Möglichkeit der Wiederherstellung einer, wenn auch mäßigen und nur vorübergehenden Arbeitsfähigkeit gewähren. Trotzdem finden sich in den Heimstätten sehr viele, deren Zustand aus diesen bescheidenen Forderungen keineswegs entspricht. Zurückgeschickt werden nur diejenigen, deren Pflege über die Kräfte der Anstalt geht, die für die anderen Pfleger durch die Schwere ihrer Krankheit lästig oder auch direkt schädlich werden und die den Eintritt der Transporthilfsfähigkeit oder gar baldige Auflösung befürchten lassen. Selbst die nur vorübergehende Anwesenheit dieser Unglücklichen übt auf die ganze Stimmung, auf das Leben und Treiben in der Heimstätte die ungünstigste Wirkung aus. Aus diesen Gründen dürfte man, sagt der Bericht, an die Heimstätten nicht denselben Hochstolz anlegen und nicht dieselben Forderungen stellen, wie an eigentliche Heimstätten. Bei noch nicht zu weit vorgeschrittener Krankheit und bei längerem Aufenthalt werden auch in den Heimstätten Erfolge erzielt; aber daneben sind freilich viele, bei denen nach Lage der Sache eine wesentliche Besserung unmöglich ist. Die Verwaltung der Heimstätten lehnt es auch ab, über das weitere Schicksal der entlassenen Pfleger Ermittlungen anzustellen, wie es z. B. die Heimstätte des Roten Kreuzes am Grabowsee thut. Der Bericht sagt zu dieser Frage: „Was leider manche Pfleger nach dem Verlassen der Anstalt zu thun gezwungen sein werden, ist zumeist bei der Aufnahme schon mit Sicherheit vorausgesehen: sie bezehren ihre Invalidentente oder Armenunterstützung weiter und gehen gleich oder nach mehr oder weniger langer Zeit wieder in eine Krankenanstalt. Aufnahme in ein Siechenhaus kann ja bedauerlicherweise nur einer kleinen Zahl zu teil werden.“

Louis Reumthaler. Nicht Ende Januar, wie wir vor einigen Wochen berichteten, sondern am 4. Januar nächsten Jahres wird der aus dem Hochverratsprozesse Kamin und Genossen bekannte und zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Louis Reumthaler wieder in Freiheit gesetzt werden.

Allen älteren Genossen wird Reumthaler durch seine beinahe zwanzigjährige Tätigkeit in unserer Partei noch bekannt sein. In letzter Zeit zog er sich von uns zurück und wurde in den Hochverratsprozess mit hineingezogen, wobei ihn und den Hauptangeklagten Kamin, der im vorigen Jahre im Zuchthause zu Halle starb, die schwerste Strafe von 6 1/2 Jahren traf.

Zu gunsten Reumthaler's veranlaßt der Rathhaus-Kammerliche Männerchor, dessen Mitglied der Verurteilte noch vor seiner Verhaftung war, am zweiten Weihnachtstag-Feiertage in Stecher's Festhallen, Andreasstr. 21, eine Matinee, worauf wir hiernit besonders aufmerksam machen wollen.

Die Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten betrug Ende April dieses Jahres 163; darunter befanden sich nur drei für Frauen und drei für Kinder. Der Wasserverbrauch dieser Anstalten stellt sich für die Stunde pro Stand auf 125 Liter oder auf drei Kubikmeter täglich. Eine siebenstündige Anstalt erfordert täglich 21 Kubikmeter, jährlich 7665 Kubikmeter Wasser, welches, zu 15 Pfennig für das Kubikmeter berechnet, 1150 M. ergibt. Da sämtliche 163 Bedürfnisanstalten zusammen 888 Stände haben, läßt sich der jährliche Wasserverbrauch auf 950 000 Kubikmeter berechnen. Die Veruche, die Wasserpflanzung durch Delverpflanzung zu ersetzen, fielen so günstig aus, daß die neu zu errichtenden Anstalten fortan nur noch mit Delverpflanzung nach dem System Rössmann u. Kühnemann hergestellt, die älteren Anstalten aber nach und nach aptirt werden sollen.

Im schätzbaren Demuzieren ist das Pastorenblatt „Der Reichsbote“ allen anderen ordnungsgemäßen Preshorgeren ständig um mehrere Herbelängen voranz. Am Sonntag wurde im Hall-Gymnasium von Freunden der Feuerbestattung durch eine Art Experiment der Beweis geführt, daß auch die Bestattungsweise der Zukunft weithin ausgedehnt werden kann. Auch ein Pastor, Herr D. Runge, suchte in einer Ansprache darzulegen, daß das Christentum mit der Feuerbestattung vereinbar sei. Bei der Gelegenheit wurde ferner eine „liturgische Ranie“ (Klagelied) zu Gehör gebracht.

Das ist ein gefundenes Fressen für das Demuzierantenblatt. Es schreibt: „Was wohl die kirchlichen Vorgesetzten zu dieser ornamentalen rhetorischen Umrahmung einer Ranie durch einen evangelischen Geistlichen sagen werden und ob sie wohl der Ansicht sind, daß das den Obliegenheiten eines evangelischen Pastors entspricht?“
Runge erst die himmlische Freude, wenn der Pastor D. Runge wirklich gemahregelt ist!

Ein Muster-Schulhaus darf das Gebäude der Höheren Privat-Mädchenschule zu St. Georg genannt werden. Das auf dem Hinterland des Doppelgrundstückes Reue Königstr. 85 und Reibelstr. 30 belegene, 1897 neuverbaute Schulhaus ist vor einiger Zeit von der „Vereinigung für Schul-Geundheitspflege“, einer Gruppe des „Berliner Lehrervereins“, bestichtigt worden. Herr Lehrer Otto Janke, der um die Förderung der Schulhygiene verdiente Vorkämpfer dieser Vereinigung, hat über die Beschaffung eines ausführlichen Bericht erstattet — zu Fuß und Prommen für den Neubau und die Ausstattung aller Schulhäuser Berlins, seien es private, seien es kommunale. Nach den Ausführungen Janke's ist das Schulhaus ein Muster in bezug auf die Feuericherheit der Bauteile, die Bodenfläche, die Höhe und den Luftstrom der Klassenzimmer und Korridore, die Heizung, Beleuchtung und Lüftung aller Räume, die Zweckmäßigkeit der Kleiderablage (auf den 3 Meter breiten Korridoren) und der Klosets (im Winter gehegt). Interessant ist, daß die Anstalt (außer dem geräumigen, mit Linden bepflanzten Hof und den als Wandelgänge verwendbaren Korridoren) über ein besonderes Erfrischungszimmer verfügt, in welchem den Schülerinnen in den Pausen Gelegenheit geboten ist, ein Glas abgekochter Milch zu trinken. Die Anstalt hat auch bereits einen Schularzt. Die Schülerinnen werden, sofern die Eltern ihre Zustimmung dazu geben, alle halbe Jahre einmal dem Hausarzt des Direktors vorgestellt und auf den Zustand der Ohren, der Augen, der Nase, des Kehlkopfes und des Halses untersucht. — Direkt neben dieser Musterschule liegt übrigens eine andere Schule, die 84. Gemeindegewandenschule, Reibelstr. 31/32, deren Gebäude in allen Stücken das Gegenstück von einem Muster-Schulhaus ist.

Die Rückkehr von Jerusalem. Die folgende Blätter berichten: „Eine freie Nacht“ unter gänzlicher Aufhebung der Polizeistunde hatten aus Anlaß der Milderung des Kaisers von der Palästina-Reise einzelne Spezialitätenlokale im Chantanzviertel am Oranienburger Thor. Die Lokale hatten Sonnabend und Sonntag geflaggt und illuminiert und ihrem weiblichen Personal das Tragen von schwarzen Schürzen anbefohlen. — Uebungen im Knigz machen fanden am Freitag in Potsdam in einigen oberen Klassen der Mädchenschulen statt. Es geschah dies anlässlich der am Sonnabend stattgehabten Ankunft des Kaiserpaars, bei welcher die Potsdamer Schulen Spalier bildeten.

Mangel an Bedürftigen? In dem mit dem städtischen Wassendepot verbundenen „Französischen Waisenhaus“ für Revier-Arme sollen, nach der testamentarischen Bestimmung des Stifters, „mindestens“ 12 Kinder evangelischer Religion aus dem 28. Polizeirevier, bei denen die Voraussetzungen der sog. Wohlthätigkeits-Kassenpflege vorhanden sind, versorgt und erzogen werden. Es ist aber schon seit einer Reihe von Jahren nicht möglich gewesen, sämtliche Stellen zu besetzen, da es an geeigneten Kindern gefehlt hat. Am 1. April 1897 waren nur vier Kinder, am 1. April 1898 nur drei in der Anstalt. Im Waisenverwaltungsbericht pro 1897/98 findet sich wieder die seit langem ständige Bemerkung, es sei nicht gelungen, für die unbefetzten Stellen den Bedingungen entsprechende Bewerber zu finden, obgleich die betreffenden Armenkommissionen, Waisenkassen und Kirchenräthe um Vorschläge eruchtet worden sind. Für das Französisch-Waisenhaus besteht also ein dauernder Mangel an Bedürftigen. Das erklärt sich aber nur daraus, daß das 28. Polizeirevier in einer verhältnismäßig nicht armen Stadtgegend liegt (Kreuzung der Oranien- und Alexandrinerstraße). Anderswo würden sich geeignete Bewerber in Menge finden, — aber die Bestimmungen des Testators dürfen nicht verletzt werden. Die Sinnlosigkeit solcher beschränkenden Bestimmungen tritt an dem Beispiel des Französischen Waisenhauses recht deutlich zu Tage. An der einen Stelle müssen die verfügbaren Mittel unbemüht bleiben, weil es an geeigneten Bedürftigen fehlt, an der anderen müssen die in Masse vorhandenen Bedürftigen ohne Hilfe bleiben, weil keine Mittel verfügbar sind.

Unter den „Weihnachtsbitten“, welche zum nahenden Weihnachtsfeste in dem deutschen Wälderwalde wie Pilze hervorschießen, nimmt sich besonders lässlich diejenige aus, welche ein Komitee erläßt, an dessen Spitze der Vorsitzende des deutschen Kriegerbundes, General von Spig, steht. In derselben wird darauf hingewiesen, daß zwar von den Veteranen der Freiheitskriege nur noch ein einziger am Leben ist, daß aber mehr als hundert hochbetagte Frauen und Töchter von Freiheitskämpfern existieren, welche durchweg schwach und hilflosbedürftig auf die Fürsorge der Behörden und guterzögter Menschen angewiesen sind. Es ist mindestens traurig, daß in einem Militärstaate wie Preußen, wo für militärische Zwecke Aufsummen veranschlagt und Offiziere in den besten Jahren massenhaft pensioniert werden, für die Hinterbliebenen von Kämpfern aus den „Freiheitskriegen“ der Mangelbeutel getriefft werden muß. Das „dankbare Vaterland“ hätte wohl die Pflicht, in auskömmlicher Weise für die schwachen und hilflosbedürftigen Frauen und Töchter der verstorbenen Veteranen aus den „Freiheitskriegen“ zu sorgen.

Dem Zietzen-Komitee sind in den letzten Tagen diese neue Mitglieder beigetreten, u. a. der Reichstags-Abgeordnete Lehmann, der sich der Sache schon früher angenommen hat; Spielhagen, der Dichter der „Problematischen Naturen“, „In Reih und Glied“ etc., der seinerzeit auch dem Komitee für die Opfer der spanischen Pfaffen- und Sabelhuth in Montjuich beigetreten war; Paul Lindau, Intendant des Meiningener Hof-Theaters und Verfasser einer trefflichen Abhandlung über den Fall Zietzen.

Die Volksversammlung am nächsten Sonntag, in der außer Oberlieutenant a. D. von Egldy noch verschiedene andere Redner auftreten werden, beginnt punkt 12 Uhr.

Der „Lokal-Anzeiger“ brachte vorigen Freitag folgende Notiz: Der Fall Zietzen beschäftigt nun wieder einmal die Behörden und die Öffentlichkeit. In einem kürzlich erschienenen offenen Briefe, dessen Verfasser der Redakteur Knarck ist, Landauer ist, wird

der frühere Polizeikommissar G. bezichtigt, die Verurteilung Zietzen's durch Fälschung von Beweismitteln durch polizeilichen Uebereifer herbeigeführt zu haben. Der einzige profanische Erfolg, der vorläufig mit diesem zu gunsten Zietzen's publizierten offenen Briefe erzielt wurde, besteht, wie schon erwähnt, darin, daß gegen Landauer der Strafantrag wegen Verleumdung gestellt worden ist. Landauer will den Wahrheitsbeweis für seine schwerwiegende Beschuldigung erbringen. Gleichzeitig hat auch der Bruder Zietzen's, der hiesige Gastwirth G. Zietzen, einen hervorragenden Berliner Rechtsanwalt, welcher auch Landauer vertritt, mit der Ausarbeitung des Antrages zur Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Verurteilten beauftragt. Das Resultat der gegen Landauer geführten strafgerichtlichen Untersuchung dürfte Ausschlag gebend für alle weiteren im Interesse Zietzen's zu unternehmenden Aktionen sein.

Dies die Notiz. Wir möchten den „Lokal-Anzeiger“ fragen, was der Umstand, daß Landauer Anarchist ist, dem mit seiner, rein menschlichen Gefühlen entspringenden Thätigkeit zu gunsten eines seiner Uebereugung nach unschuldig Verurteilten zu thun hat? Entweder hat diese Erwähnung zum Zweck, die Bewegung für das Wiederaufnahme-Verfahren in Mißkredit zu bringen, oder sie ist sinnlos.

Woher ist, daß einer der angesehensten Rechtsanwälte von Berlin und Deutschland Landauer verteidigen wird und auch für Zietzen das Wiederaufnahme-Verfahren vorbereitet.

In mancherlei Schuttriegeleien dürfte es hinfort im Betriebe der Straßenbahn kommen. Das Ministerium des Inneren hat der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn nämlich auf ihren Antrag wegen Erhellung der Bahnpolizeibeamten-Qualifikationen für einzelne Beamte die Zustimmung erteilt. Die bahnpolizeilichen Befugnisse, welche auf Grund der Thatsache, daß die elektrischen Straßenbahnen immer noch dem Kleinbahngesetz unterworfen sind, gegeben worden sind, dürften wahrscheinlich an die Kontrolleure der Gesellschaft übertragen werden. Durch diese Einrichtung soll angeblich die Betriebssicherheit auf den elektrischen Straßenbahnen wesentlich erhöht werden, da die mit Polizeiqualfikation versehenen Beamten berechtigt sind, bei allen im äußeren Betrieb der Straßenbahn eintretenden Vorfällen selbständig einzuschreiten und Personalbefreiungen vorzunehmen.

Berliner Brotpreise. Im Oktober 1898 (bzw. 1897, 1896, 1895) war, nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes, der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Roggenbrot rund 25 (23 1/2, 21 1/2, 21) Pfennige für 1 Kilogramm Weizenbrot rund 42 1/2 (35 1/2, 33 1/2, 34 1/2) Pfennige. Man bezahlt für 50 Pfennige durchschnittlich 2002 (2161, 2367, 2375) Gramm Roggenbrot, 1172 (1255, 1421, 1148) Gramm Weizenbrot. Der im Juli eingetretene langsame Rückgang der Brotpreise dauert fort. Die Preise standen aber im Oktober dieses Jahres immer noch höher als in demselben Monat der letzten Vorjahre. Um einen höheren Preis zu finden, muß man bis auf 1892 zurückgehen.

Der Verein Berliner Droshenfahrer hatte an die städtische Baudeputation eine Petition um Verbreiterung der Corneliusbrücke und der Kommandantenstraße in der Nähe der Wehrstraße gerichtet. Er hat darauf folgende Antwort erhalten: „Auf Ihre Eingabe vom 21. Oktober erwidern wir Ihnen ergeblich, daß wir bezüglich der von Ihnen erwähnten Mißstände auf der Corneliusbrücke Ermittlungen anstellen lassen und Ihnen von dem unsereits gefassten Beschlusse Kenntnis geben werden. Hinsichtlich der Verbreiterung der Kommandantenstraße theilen wir Ihnen mit, daß die erforderlichen Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verbreiterung dieser Straße bereits eingeleitet worden sind.“

Generalversammlungen der Union und der Löwe'schen Gesellschaft. Am 24. d. M. fanden die Generalversammlungen der beiden Gesellschaften statt. Die Versammlung der Union beschloß, das Grundkapital von 15 Millionen Mark auf 18 Millionen Mark zu erhöhen, und beschloß ferner, die elektrotechnische Fabrik der Firma Ludwig Löwe u. Komp. in Martinsfelde mit allen Einrichtungen und Beständen per 1. Januar 1899 auf Grundlage eines vereinbarten Vertrages zu erwerben. Nach letzterem gehen die Grundstücke für den Preis von 3 112 000 Mark, frei von allen Hypothekenschulden, in den Besitz der Union über, während der Preis für Maschinen, Utensilien, fertige und halbfertige Fabrikate und alle sonstigen Immobilien nach einer per 31. Dezember 1898 aufzustellenden Inventur vereinbart werden soll. Die zur Zeit zwischen der Firma Ludw. Löwe u. Ko. und der Union bestehenden Fabrikations- bzw. Lieferungsverträge werden aufgehoben, so daß die einlaufenden Aufträge vom 1. Januar 1899 ab für eigene Rechnung der Union ausgeführt werden.

Die Valentinmarder treiben in der Unübersicht ihrer Umwesen. Ein Student hatte sich aus Paris einen werthvollen Valolet mitgebracht und ihn hier am Sonnabend zum ersten Male angezogen. Da er sein Schloß zu einer der gegen die Diebstahle in der Unübersicht angebrachten Sicherheitsketten vergessen hatte, so hing er den Mantel an einen Niegelpflock im zweiten Stock. Nach dem Kolleg war der Mantel verschwunden.

Die Firma Siemens u. Halske theilt uns mit, daß die erweiterte Strecke Gesundbrunnen-Mittelstraße nicht, wie wir irrtümlich gemeldet hatten, anfangs mit Pferden, sondern vom Eröffnungstage an elektrisch betrieben wird.

Kleinere Diebstahle wurden in der letzten Zeit fortgesetzt auf dem Potsdamer Ringbahnhofo verübt. Aus den Automaten wurden allerhand Leckereien entwendet und dem Zeitungshändler, der dort seinen Stand hat, kamen nach und nach Wäcker im Werthe von 33 M. abhanden. Der Nachfolger, der diesen Händler ablöste, entlarvte den Dieb. Einen Leckzieher und einen besseren Raub mit Wäcker, die er unterwegs trug, hängte er bis nach Abendigung der Verkaufszeit in der Förtnerstraße neben seinem Stande auf. Er sah nun, daß die Sachen, die morgens um 7 Uhr noch da gehangen hatten, eine Stunde später verschwunden waren, und richtete seinen Verdacht auf einen von drei Arbeitern, die nach Abendigung der Nachtschicht auf dem Oberbau der Bahn von der Förtnerstraße aus den Heimweg angetreten hatten. Bei seiner Rückkehr stellte er diesen dann zur Rede. Der That geber entläßt und drohte mit einer Anzeige wegen Verleumdung. Der Händler ließ sich aber nicht irreführen. Er fuhr nach Schöneberg in die Wohnung des Mannes und sagte seiner Frau, er sei beauftragt, die Kleingeldstücke, die ihr Mann morgens mitgebracht hatte, abzuholen. Abmühselos gab ihm die Frau seine Sachen, und der Dieb wurde dem Staatsanwalt übergeben.

Versehen mit einem Militärposten. Der Militärposten an der Nikolaiskirche, über dessen am Freitag Abend erfolgte Aufstellung berichtet wurde, ist noch an demselben Abend wieder eingezogen worden, da er nur aus Versehen dort aufgestellt worden und eigentlich für das Lagerhaus in der Klosterstraße bestimmt gewesen war. Nachdem der Posten, der um 5 Uhr nachmittags aufgezoogen war, bis gegen 6 Uhr an der Nikolaiskirche gestanden hatte, erschien plötzlich eine Patrouille, holte den Posten ab und brachte ihn nach dem Lagerhaus.

Mit Stichwunden im Kopfe wurde in der Nacht zum Montag der 28 Jahre alte Arbeiter Hermann Drosin vor dem Hause Wabstraße 26 bewußtlos aufgefunden und von einem Schutzmann des 101. Reviers in ein Krankenhaus gebracht. Drosin giebt an, er habe mit Gästen einer Schankwirtschaft in der Soldinerstraße 44 Streit gehabt und sei später auf der Straße von dem Sohne des Wirthes, der in der Wabstr. 26 wohne, überfallen und mit dem Messer gestochen worden. Diese Angaben haben sich als falsch erwiesen. Was Drosin bezogen hat, sie zu machen, ist noch nicht festgestellt.

Auf dem Heimwege von einer Hochzeitsfeier wurde in der Nacht zum Montag der Rentner Jakob Brasch aus der Königgräzer-

Straße 87 vom Tode ertötet. Das Fest hatte in der Hühnerstraße stattgefunden. In vorgerückter Morgenstunde machte sich Prösch wohl und munter auf den Heimweg. In der Königgräberstraße an der Christuskirche plötzlich von einem Unwohlsein befallen, wachte er sich auf den Hofsprung der Gittermauer. Schuttmann fanden ihn und wollten ihn mit einer Tröfche nach der Charité bringen. Als sie hier ankamen, war Prösch schon tot; sie brachten nun die Leiche in das Schankhaus.

Ein Selbstmord aus Eifersucht unternahm die Schauspielerin Hedwig C. Sie war gerade in dem Atelier ihres Bräutigams, eines Zahnchirurgen, als sich eine Dame anmelden ließ. Sie zog sich aus Mäßigkeit für die Kundin in das anstehende Zimmer zurück. Bald aber hörte sie durch die dünne Wand ein Gespräch, welches sie erkennen ließ, daß ihr Bräutigam zu der Dame in sehr vertrautem Verhältnis stehe, und daß sie schamlos hintergangen sei. In dem Schmerz ihrer Eifersucht griff sie nach einer Flasche, in welcher sie Gift vermischt. Kaum aber hatte sie das Gift in die Schmelze geträufelt, als die Lippen gesetzt, als sie es unter Hilferufen von sich warf. Der Bräutigam mußte ihr in Gegenwart der zweiten Dame Hilfe leisten und sie dann nach Hause bringen lassen. Die Verletzungen, die Fräulein C. erlitten hat, sind nicht bedeutend.

Das Ende vom Liede. Wenn die jungen Herren aus den „besseren Ständen“ ihr Leben genießen haben und schließlich Schiffsbruch leiden in dem Strudel des Lebens, dann greifen sie zum Revolver und jagen sich eine Kugel durch den Kopf. Das ist dann das Ende vom Liede. Nach diesem bewährten Rezept handelte auch der 26 Jahre alte Alexander S. aus der Habelbergerstraße. Als Sohn eines ehemaligen Rittmeisters führte er ein „standesgemäßes“ flottendes Leben, ging dabei weit über seine Verhältnisse hinaus, verbrachte Unsummen Geldes, machte Schanden über Schanden, so daß selbst seine Verwandten dieses Treiben zu schneidig wurde und sie sich von dem jungen Lebemann völlig losfügten. Der letzte Rettungsanlauf des Leichtsinners war seine in der Reuterstraße zu Rixdorf wohnhafte reiche Braut. Doch auch diese zog sich von ihm zurück, nachdem ihr die Augen über den Lebenswandel ihres Kavalliers geöffnet worden waren. Vergeblich waren dessen Bemühungen, den entwandten Goldfisch wieder in sein Netz zu bekommen. Am Freitag Abend, als er sie zum letzten Male in ihrer Wohnung aufgesucht hatte, erfolgte der endgültige Bruch. Seine Braut hatte das Verhältnis zu ihm für immer gelöst. So vor das Nichts gestellt, war sein Entschluß schnell gefaßt. Er begab sich in ein Restaurant, schrieb Abschiedsbriefe an seine ehemalige Braut und seine Verwandten, ging dann vor das Haus, in welchem seine Braut wohnte, und schoß sich eine Kugel in das Herz. Er hatte gut getroffen, denn auf dem Amte, wosin der Nachwächter Röhld den Selbstmörder verbrachte, verschied dieser noch vor Eintreffen des herbeigeholten Arztes.

Im Verfolgungswahn ins Wasser gegangen ist die Köchin Marie Jahn, die bei dem Gastwirt Grosser in der Wienerstraße in Stellung war.

Drei Einbrüche sind in der Nacht zum Sonntag im Südosten der Stadt verübt worden. Waldemarstr. 64 haben Diebe das Komptoir des Kompensfabrikanten Haas mit einem Nachschlüssel geöffnet, mit Weiseln das Kullt erbrochen und etwa 80 M. erbeutet. Außerdem nahmen sie die Sparassendbücher der Haas'schen Kinder mit. — Bei dem Gastwirt Riey, Wangelsstr. 68, drangen die Spitzbuben ebenfalls mit einem Nachschlüssel ein und erbeuteten die Kasse des Lotterievereins „Krone“, die hinter dem Ladentische stand und 37 M. enthält, drei Willardflugeln, zwei Räder des Birthes und eine Wurst. — Der dritte Einbruch fand in der „Draußenburg“ statt, einer Schankwirtschaft mit Tanzsaal unmittelbar vor der Schlesischen Brücke, einem der wenigen Gebäude, die von der Gewerbe-Aussstellung von 1896 stehen geblieben sind. Die Diebe haben vom Hofe aus Fensterbänke eingeschlagen und sind durch diese in den Tanzsaal eingedrungen. Hier nahmen sie die Wechselkassette an sich, zerstückten die Automaten und verübten sie ihres Inhaltes.

Eine schwere Schlägerei zwischen Jibll- und Militärpersonen gab es in der Sonntagnacht im Süden der Stadt. Drei betrunkenen Männer kempelten an der Ecke der Friesenstraße drei Soldaten der Eisenbahn-Brigade an. Die Eisenbahn-Pioniere ließen sich das nicht gefallen, und so war bald eine schwere Schlägerei im Gange. Vier Schuttmännern gelang es schließlich, die Streitenden auseinander zu bringen und der Sache ein Ende zu machen. Zwei der Kompler wurden auf die Revierwache in der Heimstraße gebracht. Einer der Eisenbahn-Pioniere war so im Wuth gerathen, daß er sich noch nach der Festnahme der Gegner immer von neuem wieder auf sie und das Publikum stürzen wollte. Man mußte ihn daher auf die Wache des Königin-Augusta-Regiments abführen.

Orgel-Konzert. In der Marienkirche werden bei freiem Eintritt Mittwoch, den 10. November, mittags 12 Uhr, Orgel- und Violin-Vorträge, ein Quartett, zwei Saiten und andere Gesänge ausgeführt durch Herrn Musikdirektor Otto Dienst, Fräulein Gertrud Manth, Fräulein Lotte Dienst, Herrn Alexander Gurd, Herrn Karl Raghé, Herrn Konzertmeister Leop. Garimann und Herrn Franz Schmidt.

Reperitoir der Urania: Theater: Dienstag, Donnerstag und Freitag „Die Urzeit des Menschen“. Mittwoch und Sonnabend „Luer durch Desterreich“. — Opern: Dienstag Herr G. Witt: „Die Hühnermel“. Mittwoch Herr Baron von Reben-Franzburg: „Reisebilder aus Deutsch-Österreich“. Donnerstag Herr Franz Gärte: „Kaiserliche Wanderungen durch die Mark Brandenburg“. Freitag Herr Dr. Rah: „Das Bier“. Sonnabend Herr Dr. P. Spies: „Telephon und Telegraph“.

Theater. Das Schiller-Theater bereitet Heinrich Müllers „Die erlöste Arbeit“ vor. Die erste Aufführung wird Ende nächster Woche stattfinden. Der Reichthum geht dann Shakespeare's „Othello“ mit den Damen Alwine Wiede und Theresia Veitner und den Herren Ferdinand Gregor und Willy Prohbe in Szene. Unmittelbar nach dem Freiertagen ist die Premiere von Bernhard's vieraktiger Komödie „Die Würgermeisterwahl“.

Unter den mannlichen. während der jüngsten Zeit im Berliner Aquarium ein eingetrossener Zehrer ist auch eine Gesellschaft der gartenliebender aller Meeresbewohner eingetretet, nämlich keine bläulich-weiße Quallen, die durch den Farbenhauch, die eigenartige Gestaltung und Gliderung des Körpers und die anmuthigen Bewegungen die Besucher immer von neuem zur Bewunderung hinarbeiten und infolge des kleinen faden Schwirms so zart und dufteig erscheinen. Dieser Embus wird noch besperrigt, wenn man an unser schimmerndes Naturleben, das nun in die Herrschaft des beginnenden Winters getreten ist, denkt. In unsere sommerliche Nacht wird man auch trüben bei Betrachtung des neu-angekommenen Regenbogenfisches aus dem Mittelmeer, einer Art, die dem aus der Adria hergekommenen Plautschisch hinsichtlich der Farbenpracht den Rang streitig macht und von vielen als der schönste europäische Fisch angesehen wird, von früheren Forschern sogar für den allerhöchsten unter den Meeresthieren gehalten und gefeiert wurde. In der That macht der Regenbogenfisch mit seinen leuchtenden, in einander überschneidenden und je nach dem einfallenden Lichte wechselnden Farben: Grünlichblau, Orange, Roth, Weisslich, Purpur und Silberfarbe, dem ihm beigelegten Namen alle Ehre.

Feuerbericht. Am Sonntag erfolgten sieben Alarmierungen, von denen drei auf Zimmerbrände zurückzuführen waren, und zwar Lindenstr. 88, Fruchtstr. 30 und Schliemannstr. 46. Nur der letztere erforderte längeres Wassergerben. Möbel und Betten wurden eingekassiert. In drei Fällen lag den Alarmierungen „blinder Darm“ zu Grunde. Montag über war Berlin feuerfrei.

Aus den Nachbarorten.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein für Köpenick und Umgegend. Heute Abend 8 Uhr Versammlung im Lokale des Herrn Ludwig Marienstraße. Vortrag des Genossen Paul Jahn. Da in dieser Versammlung, laut Beschluß des Vereins, die unentgeltliche Verteilung von Broschüren an die Mitglieder stattfindet, so ersuchen wir um recht pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Spandau. Zu der am 2. Dezember er. stattfindenden Erziehung eines Stadtverordneten der dritten Abtheilung an Stelle des aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschiedenen Stadtverordneten Grünwald, haben unsere Parteigenossen in einer gut besuchten Wähler-versammlung am Sonnabend den Genossen August Schröder als Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf ist diesmal sehr heftig zu werden, da außerdem noch drei andere Kandidaten von

dem Reichswahl, dem Reichsberein und dem städtischen Verein aufgestellt sind. Unsemehr ist es Pflicht der Spandauer Arbeiterkassen, recht energig die Apitation für unseren Kandidaten Schröder zu betreiben und für dessen Wahltag einzutreten. Am Donnerstags tag wird in Spandau ein Flugblatt verbreitet. Die Parteigenossen werden dringend aufgefordert, sich an der Verbreitung thätigst zu betheiligen. Treffpunkt abends von 8 Uhr ab bei Duda's, Bismarckstr. 6. — Die Wahlhandlung wird am Freitag, den 2. Dezember, in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags, und 4 bis 8 Uhr nachmittags vorgenommen; stimmberechtigt sind nur die Wähler der dritten Abtheilung, welche bereits in der vorjährigen Wählerliste eingetragen waren, und zwar wählen dieselben in folgenden Lokalen: a) diejenigen Wähler, deren Name mit einem der Buchstaben A, B, C, D und E beginnt, in dem Saale des Restaurants Meinetz, Nitterstraße 7; b) diejenigen, deren Name mit einem der Buchstaben F, G, H beginnt, in dem Saale des Restaurants Freese, Hagerstr. 8 bzw. Linden-Str. 21; c) diejenigen, deren Name mit einem der Buchstaben I, J, K und L beginnt, in dem Saale des Restaurants Sawade, Schönwalderstr. 2; d) diejenigen, deren Name mit einem der Buchstaben M, N, O, P, Q und R beginnt, in dem Restaurant Conrad, Schönwalderstr. 2; e) diejenigen, deren Name mit dem Buchstaben S beginnt, in dem Saale des Restaurants Kother, Potsdamerstr. 35; f) diejenigen, deren Name mit einem der Buchstaben T, U, V, W, Y und Z beginnt, in dem kleinen Saale des „Rothens Adler“, Potsdamerstr. 6.

Der Polizeikampf gegen den Gastwirt Lindenhayn in Oranien dauert ungebrochen fort. Die neueste Strafandrohung gegen den Mann, der zum Verdruß des Amtsvorstehers v. Oppen seine Räume zu sozialdemokratischen Versammlungen hergibt, ist zur Veränderung von einem Herrn Rheinbaben unterzeichnet. Sie trägt das Datum des 20. November und lautet:

Der Vorstand des Vereins „Fortschritt“ zu Berlin zeigt heute an, daß er morgen Sonntag, den 27. November, von nachmittags 4 Uhr an, in dem großen Saale Ihres Etablissements ein Familienfrühstück abhält. Die Abhaltung dieses Frühstücks ist dem Verein unterzagt worden, wovon Sie hierdurch Kenntnis erhalten. Nachdem nun amtlich festgestellt ist, daß Sie wiederholt Familien- bezw. Vereinsfrühstücke nur vorgeschickt haben, um öffentlichen Tanz abzuhalten, unterlage ich hiermit die Abhaltung des auf den 27. d. Mitt. angemeldeten Familienfrühstücks, da dasselbe wieder zur Umgehung der beschiedenen Vorschriften dienen soll. Sollten Sie dennoch dem genannten Verein Ihren Saal zur Benutzung überlassen und dieser meiner Aufforderung nicht Folge leisten, so werde ich in Gemäßheit des § 192 des Landesverwaltungs-Gesetzes eine hiermit angeordnete Strafe von 50 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine fünfjährige Haft tritt, gegen Sie festsetzen.

Zur Kenntnissung des Verhältnisses, in dem die in dieser Drohung aufgestellten Behauptungen zur Wahrheit stehen, bemerkt, daß dem Gastwirt Lindenhayn in den vielen Prozeßverhandlungen, die er dank dem Vorgehen des Amtsvorstehers auszuweihen hatte, noch niemals nachgewiesen worden ist, daß er Fremden zu den bei ihm abgehaltenen Vereinsversammlungen Zutritt gewährt hat. Daß der nun schon die Jahre hindurch immer von neuem ins Werk gesetzte Krieg von seiten der Parteien, der die Regierung die Würde eines Amtsvorstehers anvertraut hat, mit weit mehr Eifer als Recht geführt wird, geht aus den vielen empfindlichen Niederlagen hervor, die das Vorgehen des Herrn v. Oppen vor Gericht davongetragen hat. Die dringend notwendig gewordenen richterlichen Prüfungen hatten folgendes Resultat: In fünfzehn bis jetzt gegen ihn verhandelten Anklagen mußte der bedrängte Gastwirt Lindenhayn elf mal freigesprochen werden und nur in vier Fällen wurde er zu Strafen in Höhe von drei bis zwanzig Mark verurtheilt. Trotz alledem kämpft der Amtsvorsteher unentwegt weiter; zur Zeit sind etwa sieben neue Fälle beim Amtsgericht anhängig! Welch eine einschneidende Wirkung das amtliche Vorgehen auf das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung ausüben muß, das braucht von uns wirklich nicht erst geschildert zu werden. Aber auch die von den Arbeiterfreunden im Bereiche des Herrn von Oppen gehegte Hoffnung, daß der Gastwirt Lindenhayn bei den vielen Prozeßen einen materiellen Zusammenbruch erleiden werde, dürfte sich als trügerisch erweisen. Hunderte Arbeitervereine in Berlin schließen sich mit den belämpften Parteigenossen in Adlerhof und Oranien solidarisch und helfen ständig, die gegen sie gerichteten Schläge zu parieren. Die Hoffnung, daß unter solchen Umständen dennoch die sog. Ordnung im Amtsbezirk Gliederung steige werde, dürfte somit elend in die Brüche gehen.

Leber die Weisheitigung an den Landtagswahlen in Charlottenburg hat das Statistische Amt der Stadt soeben eine lehrreiche und auch für andere Bezirke maßgebende Zusammenstellung veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß die Weisheitigung seit 1893 sehr gewachsen ist. Sie hatte vor 5 Jahren noch 11,83 pCt. der Urwähler betragen, jetzt betrug sie 19,28 pCt. In der ersten Abtheilung stieg sie von 50,51 auf 56,75 pCt., in der zweiten von 30,42 auf 41,65 und in der dritten von 8,94 auf 15,72 pCt. Von 100 Urwählern gehörten 1898 2,54 zur ersten, 0,71 zur zweiten und 87,75 zur dritten Abtheilung. Die Stimme eines Urwählers der ersten Abtheilung hat also soviel Gewicht, als die von 4 Wählern der zweiten und 35 Wählern der dritten Abtheilung.

Eine anonyme Briefschreiberin in Spandau, die fünfzigjährige Eigentümerin Bante, hat sich der ihr nach Entdeckung ihres Vertriebens drohenden Bestrafung am Sonntag durch Selbstmord entzogen.

Von einem bedeutenden Schadenfeuer ist am Sonntag das königliche Feuerwerks-Laboratorium in Spandau (auf der Havelinsel Götterwerder) zum zweiten Male in vierzehn Tagen betroffen worden. Gegen 7 Uhr morgens kam in einem umfangreichen Betriebsgebäude, worin sich die Lichtheier befindet, auf bisher noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, das unter dem vorhandenen leicht brennbaren Material schnell um sich griff. Der mehrere Stunden währende Brand hat die Lichtheierwerstat nebst großen Vorräthen an fertigen Fabrikaten und Rohstoffen vernichtet.

Von Wildbienen erschossen wurde vorgestern Abend zwischen 5 und 6 Uhr der Jagdausreiter Vöhrger von dem Rittergut Vöhrger bei Rathenow. Unter dem Verdacht der Thäterschaft steht der 22jährige Kellner Fritz Schulze aus Vöhrger, welcher flüchtig ist und sich, den angeordneten Ermittlungen zufolge, über Rathenow nach Berlin gemeldet hat. Er ist 1,66 Meter groß, hat einen kleinen Schnurrbart und dunkle Bartstoppeln. Unter seinem Reifegepäck soll sich auch ein Fahrrad befinden. Vöhrger wurde in dem Augenblicke erschossen, als er auf freiem Felde mit mehreren Arbeitern den Wildbienen entgegentrat; er hinterläßt Frau und Kinder.

Berliner Fahrradliebhaber haben in Potsdam einen willigen Abnehmer in der Person des Kaufmanns Kemlinger gefunden. Ein Kaufmann Körten in Berlin betrieb gewerdmäßig Fahrradliebhaber, wurde aber endlich dabei abgefaßt, so daß festgesetzt werden konnte, daß er die gestohlenen Räder in Potsdam veräußert hatte. Auch ein anderer Berliner Fahrradliebhaber wurde in Potsdam festgenommen, als er bei Kemlinger ein gestohlenes Rad verlaufen wollte.

Gerichts-Beitrag.

Der „polnische Kriegsschankplan“ wird jetzt häufig in das Sitzungszimmer des hiesigen Schöffengerichts verlegt und dort der Kampf zwischen Deutschtum und Polenium ausgefochten. Bestenfalls das Schöffengericht wieder eine Privatklage der Vorstandsmittelglieder des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken (S. R. L. Verein), Hermann v. Hansemann, v. Kenemann und v. Tiedemann gegen den Redakteur des „Dziennik pognanski“ Gognazi zu erledigen. Ueber die Verurteilung des Gognanski gegen den polnischen Kongress hatte der

„Dziennik pogn.“ einen Artikel gebracht, in welchem er aus drei gleichlautenden Artikeln der „Post“, der „Deutschen Zig.“ und der Leipziger „Neuesten Nachrichten“ den Schluß zog, daß die Frege gegen den Kongress eine künstliche gewesen, um den Kongress zu distanzieren. Es wurde ausgesprochen, daß die Frege, die als Fabrikat angesehen sei, Zeugnis ablege von der Vertheidigung, dem Vorkaufthum und der Hinterlist der Meister und Schüler des Helatismus. — M. A. Wagner: Selbst ein Vorstandsmittelglied des S. R. L. Vereins beantragte die Bestrafung des Angeklagten. Der Vorstand, der bis vor kurzem derartige beleidigende Angriffe unbedacht gelassen, habe beschloffen, nunmehr in jedem Falle gegen die Beleidiger vorzugehen, um der polnischen Frege zu Gemüthe zu führen, daß sie nicht das Recht habe, mit dem Mittel der persönlichen Beleidigung zu kämpfen. (1) Rechtsanwalt Modler bestritt dagegen den Privatklägern die Unbilligkeit. Der Kampf gegen die Polen sei schon älter als der Verein und mit der Anwendung des Wortes Helatismus habe man die Kläger keineswegs persönlich genannt. Dies Wort sei nur gewissermaßen als Kriegsruf hingestellt worden, um die antipolnischen Bestrebungen überhaupt zu kennzeichnen, wie man seinerzeit mit dem Namen „Kulturkampf“ alle Erscheinungen in dem Kriege gegen die katholische Kirche bezeichnet habe. Der Vertheidiger erbot sich auch zum Beweise der Wahrheit, daß in öffentlichen Organen vielfach in hinterlistiger, pharisaischer und perfider Weise gegen das Polenium vorgegangen werde und führte eine ganze Blüthenlese aus verschiedenen Zeitungen vor, um zu zeigen, mit welchen Waffen die Gegner des Poleniums kämpften. Wenn ein solcher Krieg entbrannt sei, in welchem Heide von haben und drüben ausgeheilt werden, dann solle man sich nicht wundern, daß diejenigen, denen in der „Ostmark“ fort und fort systematische Verhöhnung vorgeworfen werde, sich mit allem Nachdruck wehren. — Rechtsanwalt Wagner erwiderte, daß alle diese Zeitungsschnitten nur lose mit der Privatklage zusammenhängen. Hier handle es sich lediglich darum, ob die Leiter des S. R. L. Vereins in perfider Weise unterschieden bestritten. — Der Gerichtshof hielt die Unbilligkeit der Privatkläger nicht für zweifelhaft; es sei gerichtsbelannt, daß man mit Helatismus die Angehörigen und in allererster Reihe die Leiter des Qu. Vereins zu bezeichnen pflege. Die beleidigenden Worte gehen weit über das selbst im Kampfe erlaubte Maß hinaus und gestatten nicht die Anwendung des § 193. Während falls die politische Erregung, in welcher der Artikel geschrieben wurde und die Thatfache ins Gewicht, daß Angriffe gegen die Nationalität das menschliche Herz besonders tief berühren. Der Gerichtshof hat deshalb auf Grund des § 185 Strafgesetzbuchs auf 75 M. Geldstrafe ernt. 25 Tage Gefängnis erlamt und den Beleidigten das Recht zugesprochen, das Urtheil im „Dziennik pognanski“ in polnischer Sprache zu veröffentlichen.

Neues vom Amtsdirektor Grodtko in Spandau. Wegen der Aeußerung „Ihr Streifbrecher, Euch werde ich das schon zeigen!“ wurde am Freitag der Maurer Wisse in Spandau vom dortigen Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurtheilt. Vom Amtsdirektor waren dieshalb sogar sechs Wochen Gefängnis beantragt worden. Das Gericht hatte in der Aeußerung, welche von dem Angeklagten während der letzten Aussprache gegen zwei Arbeitwilige gebraucht wurde, eine „Verhöhnung“ und damit ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung gefunden, obgleich der Vertheidiger Rechtsanwalt Heine darauf hinwies, daß es sich in diesem Falle nicht um eine Verhöhnung zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um eine Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer zum Zwecke einer Herabsetzung des Lohnes gehandelt hätte. Als einer der Verlastungsgewen, der seinerzeit den „Arbeitwilligen“ gemacht hatte, in seiner Aussage erklärte, er könne sich auf den Vorgang nicht mehr genau besinnen, meinte der Vorsitzende, Amtsdirektor Grodtko, der Zeuge hätte wohl Angst, Prügel zu bekommen. (!) Der Zeuge sah sich genöthigt, gegen eine solche Auffassung des Richters energig zu protestiren. Uebrigens äußerte dieser Richter gegenüber dem Angeklagten, „bei den Arbeitern hätte es sich bei jenem Lohnkampf doch wohl nur um „das Prinzip“, nicht aber um die von den Unternehmern bezweckte Herabsetzung des Stundenlohnes um 3 Pf. gehandelt.“ — Eine solche Auffassung über Lohnkämpfe bei einem preussischen Richter zu finden, wundert uns weiter nicht.

Verfälschte Verleumdung zum Meineide, wiederholte schwere Körperverletzung ihrer Dienstmädchen sowie Freiheitsberaubung derselben wurden der Kaufmanns-Gefrau Lamprecht, geb. Engelhardt, zur Last gelegt, welche gestern vor dem dritten Strafsammer des Landgerichts I stand. Als Hauptbelastungszeugen traten die beiden früheren Dienstmädchen der Angeklagten auf. Sie behaupteten, daß sie während ihrer ganzen Dienstzeit bei der Frau Lamprecht fortgesetzt und ohne jeden Grund den schwersten Mißhandlungen ausgesetzt gewesen seien. Die Angeklagte habe sie mittels eines Schrotterstieles, Ausklopfers oder was ihr gerade zur Hand lag, in der rohesten Weise gemißhandelt, sie bis in die Nacht hinein zur Arbeit angehalten und durch Verhöhnung der Thüren am Verlassen des Dienstes verhindert. Am Morgen des 2. Juni, gegen 6 Uhr, habe eine der Zeuginnen, das Dienstmädchen Krüger, einen Selbstversuch gemacht. Sie habe eine Juderäsur am Henserkreuz der Nüchse befestigt und sich an derselben von der ersten Etage aus den Hof hinabgelassen. Die Schur konnte die Last nicht tragen, die Krüger stürzte auf das Pflaster und erlitt einen Bruch des Oberarmes. Als das Verfahren gegen die Angeklagte eröffnet war, soll sie sich zu einem der mißhandelten Mädchen begeben und es gebeten haben, zu ihren Gunsten auszusagen. Nach dieser Richtung hin ergab die Beweisnahme, daß die Angeklagte das Mädchen nur zur Wahrheit ermahnt hatte. Auch die Straftat der Freiheitsberaubung wurde nicht als erwiesen angesehen, weil den Mädchen noch ein zweiter Ausweg außer dem verschlossenen Thürschloß stand. Tzegen wurden zwei Fälle der schweren Mißhandlung für erwiesen erachtet. Der Staatsanwalt beantragte, auf eine Geldstrafe von 200 M. zu erkennen. Der Gerichtshof konnte sich dieser milden Auffassung nicht anschließen, sondern verurtheilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis.

Oberstleutnant Zustände. Vom Ratiborer Landgericht ist der Genosse Max Kowal wegen Hausfriedensbruch zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Kowal hatte vor der Reichstagswahl Flugblätter verbreitet, war dabei in eine Waise gerathen und hatte diese nicht so schnell wieder verlassen, als es der Parzer wünschte.

Der Prozeß Witte-Stöcker ist gestern dadurch vom Kammergericht erledigt worden, daß der Gerichtshof die Revision zurückwies, die Witte gegen die Freisprechung Stöcker's eingelegt hatte. Die Beleidigungssache hat das Kammergericht dreimal beschäftigt, im ganzen ist der Fall in sieben Instanzen behandelt worden.

Eine fast krankhafte Eucht, Gottesdienste zu hören, führte gestern den Schuttmacher Gregor Parzdzierz vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist schon zweimal wegen desselben Vergehens mit sechs Monaten bezw. einem Jahre Gefängnis bestraft. Am 25. Oktober befand er sich in der Pius-Kirche in der Ballhofstraße und stürzte plötzlich das Gebet des Kaplans durch laute Bemerkungen, so daß die Anbacht in unliebbarer Weise unterbrochen wurde und einige empöerte Kirchgänger den Störenfried hinausbringen mußten. Er wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Sollte es denn bei dem Manne auch ganz richtig sein?

Heimkehr vom Kriegervereinsfest. Das Schwurgericht zu Limburg verurtheilte den 82 Jahre alten verheiratheten Bergmann Wey von Waldgirmes zu drei Jahren Gefängnis. Wey hatte auf die Schienen der Berlin-Bayreuther Bahn zwischen Gießen und Baylar in der Nacht zum 5. Juli d. J. vier bis zu zehn Pfund schwere Steine und eine eiserne Schwelle gelegt. Der Angeklagte gab die That zu, erklärte aber, nicht

gewußt zu haben, wie er dazu gekommen sei. Es sei an-
getrunken vom Weylener Krugfest gekommen.

Im Fall Nothberg. In Sachen der bei dem Landgericht
Stargard und dem Oberlandesgericht Stettin schwebenden Klagen der
Frau Baumeister Nothberg auf Wiedererwerbung des ihr während
ihrer Internierung entzogenen Vermögens, das seitens des
Landgerichts Stargard auf etwa 1/3 Million Mark bekanntlich
bereits festgesetzt ist, macht jetzt Herr R. Nothberg zu
Potsdam in zweiter Instanz allerley Einwände. Um das der
Frau Baumeister Nothberg günstige Resultat ihres Sohnes,
die etwanda Nothberg, abzuwickeln, behauptet die Dame, es sei
mit auf ihre indirekte Veranlassung hin zur Zeit ein schlechtes
Entscheidungsverfahren gegen diesen Jungen seitens der hiesigen
Staatsanwaltschaft eingeleitet, weshalb die Prozesse eventuell zu
stipulieren wären. Es mußte der am 13. November d. J. bereits
zur Entmündigung angelegte Termin verlagert werden, weil derselbe
Richter, der jede Aufhebung der Entmündigung der Frau N. ver-
weigerte und auch über den Sohn N. jetzt das Verfahren einleitete,
— als „besonnen“ abgelehnt werden mußte, ebenso wie der gleich-
falls mitwirkende Richter Rängerhans, letzterer wegen seines Ver-
hältnisses zu dem Stadtverordneten-Vorsteher und Mitgliede des
Kuratoriums für die städtischen Anstalten Dr. Rängerhans. Letzterer
stellte bekanntlich diesen Fall in der Sitzung des Reichstages vom
30. März völlig unzutreffend dar. Es dürften nimmere in nächster
Zeit wichtigere Beschlüsse der betreffenden Gerichte zu erwarten sein,
welche die merkwürdige Angelegenheit vorwärts bringen dürften.

Das Ober-Verwaltungsgericht entschied dieser Tage in einem
zwischen dem Magistrat und der Generalverwaltung des Völker-
museums schwebenden Rechtsstreit, daß das Museum von den
Straßenanliegern frei zu lassen sei, weil unter den ob-
waltenden Verhältnissen nicht von einem Nutzungswerte der frag-
lichen Gebäude gesprochen werden könne.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker tagte am
22. November im alten Schützenhause. Ritsche sprach über die
Delegiertenwahlen zur Orts-Krankenkasse, die Wichtigkeit derselben
hervorhebend. Er ermahnt die Anwesenden, sich zahlreicher an den
Wahlen zu beteiligen als dies bisher der Fall war. Der Kassier
Albrecht von der Orts-Krankenkasse bedauert, daß die Mitglieder
dieselben so wenig Interesse zeigen. Die meisten kennen das Statut
und somit ihre Pflichten und Rechte nicht, was er an mehreren
vorgelesenen Stellen nachweist. Nach einer kurzen Debatte, die
sich hieran knüpfte, machte Fischer auf die nächste Allge-
meine Wahl aufmerksam. Höpfer sowie andere Redner wandten
sich gegen den Allgehehen, der die hierzu erforderliche Ver-
sammlung einberufen habe; nur die Vertrauensmänner seien hierzu
berechtigt gewesen. Der Allgehehe Müller erklärte, von nichts zu
wissen und stellt den Vorschlag, als einen Schatzung des Allgehehen
aufzustellen: Klamm, als ersten, Gotschold, als zweiten All-
gehehen. Ferner sollen vom Jahverein vier und vom Verband fünf
Kollegen in den Ausschuss entsandt werden. Dieser Vorschlag wurde
gut geheißen und alsdann die Versammlung geschlossen.

Die Jahressitzung des Verbandes der in Buchbindererei etc.
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 21. November
eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach einem kurzen
Hinweis Brückner's auf die am 28. November stattfindende
Delegiertenversammlung der Orts-Krankenkasse der Buchbinder referierte
Wegmann über den „Ausbau des Unterstützungsvereins“. Redner
machte die Anwesenden kurz mit dem Inhalt der in der verschiedenen
Nummern der „Buchbinderzeitung“ enthaltenen Artikel bekannt und
empfiehlt zum Schluß die Einführung der kassenweisen Arbeitslosen-
Unterstützung als Agitationsmittel, die ohne Erhöhung der
Beiträge eintreten könne. In der folgenden Diskussion erklärten sich
Schmidt, Eberhardt, Brückner, Hoffmann mit
der Einführung einer kassenweisen Arbeitslosen-Unterstützung ein-
verstanden, während sich R. Schneider, Jost, C. Schulze
hiergegen ablehnend verhalten. Wegen der sehr kurz ge-
haltenen Versammlung wurde beschlossen, weder über die gemachten
Vorschläge zum Ausbau des Unterstützungsvereins, noch über eine
dahingehende Resolution Eberhardt's einen Beschluß herbeizuführen.
Der vorgedachten Zeit wegen wurde der zweite Punkt der Tages-
ordnung betreffend die „Verlegung des Versammlungstages“ ab-
gelehrt.

Charlottenburg. Eine sehr gut besuchte Versammlung fand
hier am 26. d. M. im „Bismarckhause“ statt. Webel sprach über:
„Die politische Lage“. In seinem 2 1/2 stündigen Vortrage hat Redner
der Versammlung ein Bild der ganzen politischen Lage Europa's,
Ausgang von den im letzten Sommer bis zu dieser Zeit sich abspielenden
und bedeutsam zu bezeichnenden Ereignissen auf der Weltbühne,
wie der spanisch-amerikanischen Krieg, das Jettententat, das Attentat
auf die österreichische Kaiserin, die Anknüpfung der Justizhandlung
und den Dreyfus-Gandal im Frankreich sowie die Jerusalem-
sache des Kaisers von Deutschland, feststellte der Redner zunächst in
nicht mißverständlicher Weise die Mächte, speziell des in-
dustriellen Unternehmertums, die schon jetzt den § 168 der Gewerbe-
Ordnung in einer Form angewendet wissen wollen, die nicht allein
diesen sondern auch den § 162 als nur für die Arbeiter geschaffen
und deshalb gemäßigter als eine Art Ausnahmegesetz erscheinen
läßt. Die schweren Strafen, die ohne Justizausgleich von ver-
schiedenen Gerichten über streikende Arbeiter verhängt wurden, lassen
erkennen, daß eine Art Exzess in der Verurteilung obiger Ver-
gehen schon jetzt Platz gegriffen, und wenn vor einigen Tagen selbst
Eberhart neben sechsmonatlicher Gefängnisstrafe ausgesprochen wurde,
so muß man in der Ansicht zugeben, daß das gesetzlich gewährte
Sozialrecht in der Zukunft als nur auf dem Papier stehend und
die Handhabung desselben von vornherein für fraglich gilt. Webel
erinnert demgegenüber an die Auslassungen eines englischen
Staatsministers in den 80er Jahren, der nicht allein dem Ab-
stimmenden in den staatlichen Vertrieben das Wort redete, sondern
auch die Ausübung des Sozialrechts seitens der Arbeiter als der
Beweiisbarkeit dienlich und förderlich bezeichnete.

Webel wendet sich dann dem Attentat in Genf zu, die That und
den Thäter selbst als die Folge einer von der heutigen Gesell-
schaft inkonkurrenz, durch und durch verfehlten Erziehung kenn-
zeichnend und die ganze Schuld auf die Regierungen wälzend,
die der Verleumdung der Massen gleichgültig gegenüberstehen.
Er weist ferner darauf hin, daß nicht einmal in Oesterreich, dessen
Kaiserin das Opfer des Attentats war, das Gesetz nach Ausnahme-
gesetzen angestimmt sei wie bei uns, und daß dieses bezeichnend für
genüßliche Kreise ist, um zum Schluß das wahre Gesicht unserer
heutigen Bourgeoisie zu zeigen, deren ganzes Trachten bei
dieser Gelegenheit auf Unterdrückungsmassregeln gegen die
Arbeiter gerichtet ist. Man darf demgegenüber gespannt sein, sagt
Webel, wie der Reichstangler sein im Reichstage gegebenes
Versprechen ausführen wird in bezug des Aufhebens des § 8 des
Bereinsgesetzes, was jetzt endlich und entschieden gefordert werden
muß. Auch findet er es bezeichnend, wie selbst ein großer Theil
des heutigen Bürgertums, welchem das Vereinsgesetz vor 50 Jahren
reaktionär war, mit demselben heute einigermassen zufrieden ist.
Schaf und Gerich geht Redner dann mit den scheidenden
Agrariern, die die Regierung zu volkseindlichen Maß-
regeln beeinflussen und die Grenzherren und Lebensmittel-
zölle nur zur Fällung ihrer Taschen durchdrücken, und
zeigt an der Hand deutscher Beispiele, wie diese Verfechter des
Mittelstandes es verstehen, durch Affoziationen den kleinen Händler,
den Kaufmann, den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker der
Vernichtung entgegenzutreiben. Auch die durch die Fülle bedingten Gegen-
maßnahmen anderer Nationen beleuchtete er in recht interessanter Weise.
Des weitern erwähnt Webel die ungeheuren Lasten für die in
kürzester Zeit von der Regierung geforderte Vermehrung von Heer
und Marine und kommt im Anschluß hieran ausführlich auf das
Manifest des Jaren zu sprechen. Zum Schluß wendet sich der Vortrage
in scharfen Worten gegen die Politik der Ausweisungen in Nord-
amerika und anderen Gegenden, sowie des Genossen Braun vom
„Vorwärts“, und endet dann unter tosendem Beifall seinen Vortrag
mit der Empfehlung nachstehender Resolution zur möglichst einstimmigen
Annahme: Die Versammlung erklärt:

Die Ausweisungen, welche die preussische Regierung gegenwärtig
wider einmal gegen Angehörige der verschiedensten Staaten (Holland,
Dänemark, Rußland, Oesterreich) in Szene setzt, sind Handlungen
würdig eines Barbarenstaates, aber unwürdig eines Kulturstaates.
Diese Ausweisungen sind geeignet, das Ansehen Deutschlands
im Ausland herabzusetzen und Gah und Erbitterung der
betroffenen fremden Völker gegen das deutsche Volk hervorzurufen.
Diese Ausweisungen zeigen ferner, daß die Mahnung, die der
deutsche Kaiser und König von Preußen auf seiner Reise nach dem
Nordenlande in Jerusalem verkündete: daß die werthbähige Liebe
des wahren Evangeliums Christi den Boden für den Vertheil der
Christen unter sich — also doch auch der christlichen Völker — bilden
soll, von der preussischen Regierung mißachtet wird.
Endlich sind diese Ausweisungen auch aus dem Grunde zu ver-
urtheilen, weil kein Volk mehr als das deutsche zahlreiche Anhänger
in fast allen Ländern der Erde hat, die dort ihren Aufenthalt ge-

nommen und ihre Existenz gefunden haben, also auf die Duldung
und das Wohlwollen der fremden Staaten angewiesen sind.
Das deutsche Volk, das in so hohem Maße die Gastfreundschaft
fremder Völker in Anspruch nimmt, muß erwöhnen über das Schau-
spiel, das die preussische Regierung durch die Ausweisungen der
Kulturwelt bietet.
Die Versammlung erhebt gegen diese Politik der Kleinlichkeit
und der Kurzsichtigkeit auf das nachdrücklichste Protest.
Die Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.
Diskussion fand nicht statt und wurde die Versammlung mit einem
Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der
Schneider wurde die Einführung der freien Kestwahl beschlossen.

Eingelaufene Druckschriften.

Die Sozialistischen Monatshefte (Redaktion und Verlag Berlin O.,
Stettin 11) haben soeben das 11. Heft des IV. Jahrgangs erscheinen lassen.
Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Paul Gisch: Die Lehren der
preussischen Landtagswahlen. — Hegrim: Skizzen aus der sozialpolitischen
Literatur und Bewegung IV. War Friedrich Engels mitglied? — Ernst
Schadow: Evolutionistische Logik. — Heinrich Gerbasiel: Der Dualismus
Dachstein-Ungarns und seine wirtschaftlichen Konsequenzen. — Bruno
Borchardt: Elektrizität und Kulturfortschritt. — Dr. Ignaz Jader: Natur-
wissenschaft und Sozialdemokratie. — Julian Borchardt: Welche Bedeutung
hat die Wissenschaft für die Bewegungen des Sozialismus? — Rundschau:
Bücher. Maria. — Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf.; pro Quartal
1,50 M. Man abonniert in allen Buchhandlungen und auf jeder Postanstalt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und
Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
N. N. 112. Eine eigentliche Heilanstalt für Stotterer giebt es unseres
Wissens hier nicht. Vielleicht giebt Ihnen der Bahndirektor Herr Albert Berken-
stein, Friedrichstr. 103 b II. Erdst. der im verflochtenen Frühjahr in einer
hiesigen Gemeindegemeinde einen Kurkurs für Stotternde veranstaltet hatte.
W. Th. Haag. N. N. und schon bekannt.
M. Th. 1. Es kommt darauf an, wie man „mohnt“. Näheres in
der juristischen Sprechstunde. 2. Das erfahren Sie ganz genau bei der Firma
Kuer u. Co.
Geldtuben. Beides unrichtig, da Marktsiedeln.
N. N. (Tischler) Kaybachstr. 9 I, vormittags 11 Uhr, nachmittags
5 Uhr.
N. N. 100. 500 M. und weniger, sowie 5000 M. und mehr.
Waldauer J. Derartige Mitteilungen über Zustände in Werkstätten
und Fabriken etc. veröffentlichen wir nur, wenn sie von gewerkschaftlicher
Seite kommen oder von der Organisation beglaubigt sind.
W. Th. 1907. Die Mutter erbt soviel, wie jedes der Geschwister. —
W. Th. 5. Der Betreffende ist im Recht. — N. C. Ein anderes Mittel,
als das Sie mittels Ihrer väterlichen Autorität das Mädchen zu Hause zu
bleiben zwingen, giebt es nicht. — W. Th. Nur wenn den Wirth ein Be-
schwerden trifft, z. B. wegen mangelhafter Treppeneinrichtung. — N. N. 36.
Berührt nicht. Wenn in der Verfügung nur Berlin genannt ist, bezieht
sie sich eben nur auf Berlin. — Waise 1898. Klagen Sie beim Zünungs-
schlichtergericht auf Herausgabe Ihrer Papiere. Werden Sie dort abgewiesen,
so können Sie dagegen im ordentlichen Rechtsweg Berufung einlegen. —
Wische. Wir können schriftliche Antwort nicht ertheilen. In der Sache
selbst giebt es nur den Rechtsweg, den der Betreffende zu auch angestrengt
hat. In welcher Weise derselbe zu führen ist, läßt sich natürlich nur auf
grund der Handakten des Anwalts des Betreffenden beurtheilen.
— 100 G. A. Können Sie in die Sprechstunde. — W. Th. 52.
1. Sie sind völlig im Recht. 2. Man erhebt 3: 4 1/2. — W. Th. Ja. Die
Erben haben noch sechs Monate nach Ablauf des Quartals, in dem der
Betreffende verstorben ist. — W. Th. Ja. — G. N. Sie müssen klagen,
denn die Zustellung beantragen. Auf grund des Urtheils können jedoch
durch den Gerichtsvollzieher die Sachen veräußert werden. — Feinartbeiter.
Wiederholen Sie die Anfrage unter genauer Angabe der Art Ihrer Be-
schäftigung. — Lucie W. Wenden Sie sich an das Reichs-Marine-Min.

Witterungsübersicht vom 28. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. ° C. u. ° F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. ° C. u. ° F.
Swinemünde	745	SSW	7	wollig	4	Daprun	746	NO	0	bedeckt	-7
Danzburg	745	SSW	3	stf. bed.	5	Petersburg	746	—	—	—	—
Berlin	748	SSW	3	bedeckt	5	Kort	753	R	3	bedeckt	3
Miesbaden	750	SSW	1	bedeckt	1	Aberdeen	749	SSW	4	bedeckt	0
München	754	SSW	2	wolkig	1	Paris	746	S	3	bedeckt	7
Wien	456	SW	—	bedeckt	3						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. November 1898.
Mild und zettweise heiter, vielfach wollig mit geringen Niederschlägen
und mäßigen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Zwirnemünder
Gesellschaftshaus, Zwirnemünderstraße 42:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kriegsgefahr—Friedensbürgschaft. Referent
Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Pfaukuch.
2. Diskussion. 290/11
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vertrauensmann.

Töpfer!
Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 5 Uhr, im Lokal des
Herrn Schiller, Rosenhaldersstraße 57:
Sitzung der Vertrauensmänner.
Tages-Ordnung:
1. Die Uebelstände in unserem Gewerbe und wie können dieselben be-
seitigt werden? 2. Gewerkschaftliches. — Es ist notwendig, daß jeder Bau
neutreten ist. (193/19) Der Vertrauensmann: H. David.

Achtung! Maurer. Achtung!
Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn
Hüblich, Friedrichsberg, Franzfurter Chaussee 120:
Gr. öffentl. Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Silberschmidt. 2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Situationsbericht von der Kreisleitung.
5. Verschiedenes. 247/9
Jeder Kollege ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Achtung! Maurer Rixdorf-Britz. Achtung!
Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im „Deutschen
Wirthshaus“, Bergstraße Nr. 136/137:
Gr. öffentl. Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabel—Berlin.
2. Diskussion. 3. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten und Reumahl des-
selben. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. 294/10
Der Einberufer.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnzahl, wöchentlich 1 M.
Sprechst. 9-6. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. *

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträt
sozialistischer Führer, 8
Kassette, Marz etc. in Eisen, Kupfer, Bronze, Silber, Gold,
Bildern u. dgl., sowie jede Drechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisliste.)

Rummelsburg.

Am Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des
Herrn Blochschmidt, Neue Prinz Albersstraße 70 (Ries):
Oeffentliche Versammlung
des Sozialdemokratischen Vereins für Stralaun-Rummelsburg
und Umgebung.
Tages-Ordnung: 1. Die Politik der Partei. Referent Genosse
Richard Fischer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der wöchentliche Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Partei-
genossen, in der Versammlung zu erscheinen.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Der Vorstand.

Zwei öffentliche Versammlungen der Droschkenfutcher Berlins:

1. Am Dienstag, den 29. November, abends 9 Uhr,
im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 57.
2. Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 9 Uhr,
im Saale von Ahrens Brauerei, Thurmstrasse.
Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:
1. Unsere weitere Stellungnahme zur Lohnbewegung. 2. Diskussion.
Die Herren Führer sind hiermit besonders eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht
Das Agitations-Komitee.
52/4

Grünau. Sonntag, 4. Dezember: Grünau.

Großes Schlachtfest.
Zum Frühstück: Weißbrot mit süßlichen Käsen. Von 10 Uhr ab:
Frische Wurst.
Die geehrten Vereine, die mich an diesem Tage mit ihrem Be-
suche beehren, wollen mich durch Karte davor benachrichtigen.
Gustav Lindenhayn.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: Hermann Scholze 63223
empfehl seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32,
(neben Central-Theater).
Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Fest-
lichkeiten, öffentlichen und Vereinsversammlungen, Kommerzien etc. zu den
konstanten Bedingungen. [272*] Frans Müller.

2 Riesen-Kegelbahnen, 3 Vereinszimmer empf. Restaurant Ploper, Kreuzbergstr. 13. [242*]

Zuijzenhof, 2042*
Buckowstrasse 9,
120-150 Personen fassend,
2 Säle, einige Sonnabende im De-
zember frei.
1 Saal, 60-80 Personen, Sonn-
und Feiertage frei.

Möbel auf Theilzahlung J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Arbeitsanjüge W. Fahr
Fruunstr. 112.

Für 3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen,
Reise zu Herrenanzügen (schöne Kuster
7-10 M. für 12 M. K. Cheviot-
auch Kammgarne, Falsetto,
Sofenteste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Kranenstr. 14, 1 Tr.
Kein Laden. [38L]

Carl Becker Cigarren, Cigaretten, Tabake Gerichtstr. 28, Bahnhofsang. part.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Lannowitz-Gründe), haben
sämmliche Tischler wegen Dispo-
sitionen und in der
Bautischlerei v. Stelmatzk,
Wrangelstr. 56,
haben 24 Tischler wegen Abzügen die
Arbeit niedergelegt.
Zusatz erhalten!
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Sattler

u. verwandt. Gewerbe zu Berlin.
Auf grund eines Beschlusses der
General-Versammlung vom 26.
November cr. ist zur Hilfe in der Kas-
senverwaltung eine sich hierzu eignende
Kraft resp. Persönlichkeit vom Bor-
stande anzustellen.
Bevorzugt hierzu wollen bis spätestens
Donnerstag, den 8. Dezember 1898,
eine selbstgeschriebene Offerte an den
Vorstand Herrn. Quakenbush, NO.,
Barnimstr. 2, gelangen lassen.
Mitglieder haben den Vorrug.
157/9 Der Vorstand.

Bergolber [2466b]

sucht J. Kaufmann, Neue Königstr. 38, I.

Blätterin auf Blumen, Semden, in u. außer dem Hause suchen Gebr. Ruben, Poststr. 9.

Auf gleich ein Mejererquid und Schleifer auf dauernde Beschäftigung D. Müller, Hannover, Marktstr. 55.

Tücht. Mannes gef. Stundenlohn
45 Pf. Nieder-Schönhausen, Kaiser
Wilhelmstraße 10, Steinsehmeyer
Kollropp. 236/6

Blätterinnen auf Stellen, gef. Umgefragt u. Rantketten in u. außer dem Hause sucht Max Treppe, Schönhauser Allee 107a, Fabrikstr. 4 Tr. [2362*]

Tüchtiger Rahmenmacher
findet dauernde Beschäftigung gegen
hohen Lohn.
Goldbleichen und Rahmen-Fabrik.
Alexandrinstr. 25.

Barbierehilfen verlangt Kon. Berlin O., Blumenstraße 36. [24746]

auf Photographie-Rahmen ver-
langt Walthausstr. 14. 243/6

Ein tüchtiger Oberarbeiter für Raffari-Fabrik (Widerei) wird sofort gesucht für eine Fabrik nach Russ-Polen. 246/6 Offerten sind zu adressiren U. 7, Expedit. dieser Zeitung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 29. November.
Cyrenhand. Don Quixote Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Schumann's Gesell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Saja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veiling. Die Bestrittenen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Mamselle Tourbillon. Vorder: Der Küchensjunge. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Regimentstochter. Hinter: Ballet-Divertissement. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofkunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das vierte Gebot. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hinter: Die Sünden der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Weisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Hypothekensucher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Regimentstochter. Anfang 8 Uhr.
Csind. Onkel Jonad. Anfang 8 Uhr.
Selle. Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshübsches. Fregat-Geschichte. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Ball. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Jugend. Anfang 8-10 Uhr.
Urania. Tautenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vor-mittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechslungs-weise „Die Urzeit des Menschen“ und „Luz durch Deinerreich“. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Stern-warte, Operntelephon.
Hollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Volhage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Mittwoch 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Donnerstag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Central-Theater
Direktion: José Foronczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehefrau. Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 4. Dezember, nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen:
Nanon.
Operette in 3 Akten von Rich. Genée.

Onkel Jonad.
Vollständiges mit Gesang in 5 Akten von Oscar Klein. Musik von Max Bieder. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. - Morgen: Diefelbe Vorstellung. - Mittwoch, nachm. 3 Uhr: 4. Schiller-Vorstellung: **Don Carlos.** Schauspiel von Fr. v. Schiller. Bedeutend ermäßigte Preise. - Sonntag abend: Erste Kinder-Weihnachts-Vorstellung: **Bibi, der Gänschenig.**

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Erste Vorstellung, veranstaltet vom Verein der Grundeigentümer. Berlin SO.

Die Regimentstochter.
Soubrette in 4 Akten von F. Blum. Marie: Anna Müller.
Mittwoch:
Berliner Raketen.
Schwan in 3 Akten von B. Jacobson. Sonntag abend, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:
Die Räuber.

Alcazar-Theater
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu! Neu!
Zante Preziosa.
Gr. Pöste mit Gesang in 3 Akten von S. Haber und G. Witten. Musik von H. Bal.
In Szene gesetzt von Otto Wendt. Dazu:
Auffreuten des gestirnten neu erengierten Künstler- und Spezialitäten-Personals in ihren Glanznummern.
Anfang: 7. u. 8. Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Wochentags 30 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Urania Apollo-Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Geöffnet
von 9 Uhr früh
bis 10 Uhr abends.
Heute
zum letzten
Male:
Der
Storch-mensch

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig
begraben!!

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekensucher
Pöste mit Gesang in drei Akten von Leopold Eis. Musik von Cornelius Schäfer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 12. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von G. Weinberger. Hierauf:
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet arrangiert vom Balletmeister Gundlach. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung. - Sonntag, 4. Dezbr.: 3. gr. Militär-Promenaden-Konzert.

Olympia-Theater
Karlsru. (Circus Renz) Karlsru.
Täglich 8 Uhr abends:
Mene Tekel
Berliner Aufführungsbild
Morgen: Diefelbe Vorstellung

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Holt.
Täglich: **Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und Extra
Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Auf Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 8 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Großer Erfolg! Großer Beifall! Athletik Professor Theodos.
Carl Jørgensen.
Der beste musikalische Darsteller. Sensationell! **Bismarck** vom Jüngling bis Friedrichruh. Toska's lebend. Silber-Galaxie. Circus Püschel u. s. w.
Nur noch kurze Zeit die erfolg-reiche Gesangsposse
Rosen vom Norden.
Anfang 7 1/2, Sonntag 8 Uhr. Vorverkauf Born. u. 11-1 Uhr.

Circus Busch
Dienstag, den 29. November: abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
PERSIEN.
Gr. Range: Schauspiel in 5 Akten, inszeniert vom Dir. Paul Guich. Besonders hervorzuheben: Der Sprung des Prinzen Mirza Schaffy aus der Höhe der Circuskuppel ins Wasser. Aufreihen: Aufz. des Herrn Franz Gebhardt, Ritter etc., bühnen. Ober der L. E. Ivan. Hof-Heilwunde in Wien a. d. Hippianer Gengh. „Conversano“. Die 6 arabischen Schimmelbergher, vorgez. und besetzt vom Dir. Busch. Aufz. von Widane. Maria Doré à la Cavalier a. „Abimur“. Auffreihen des Gigeri. Götowm. Alfred Danlois als Professor der Magie. Die amerikanischen Freunde, höchst komisch. Intermezzo. - Morgen Mittwoch 7 1/2 Uhr: Persien.

Armand'Ary.
Familie Agoussi
Robert Steidl
Dagmar Hansen.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, 1. Dezember:
Debut
Rosalia Lambrecht.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Zum 28. Male
Offenbach's Operette
Furol Tulipatan.
Vereins-Billets
mit erheblicher Preisermäßigung er-halten Vereinsvorstände im Bureau.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
Dresdener-Str. 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge.
Täglich:
Gr. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! **Signora Macaroni** Neu!
Original-Pöste mit Gesang.
Urkomisch! Urkomisch! Urkomisch!
Sensationell! Majestät kommt!
Anj.: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr
Wend haben Wochentags Gültigkeit.

Mähr's Theater
Cranienstr. 24.
Täglich:
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hulda
Lucas. Grete Gollant etc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr
Sonntags 6 Uhr.
Wend haben Wochentags Gültigkeit.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Medel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluss, neu:
Pepita vor Gericht.
Neuestes Entenstück von Moysel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverk. 40 Pf. Num. Ballon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orchester-Vorge 1.50 M. Fremden-Loge 2 M. Tagesplatz 11-12 Uhr
Reichshallen-Restaurant.
Täglich Konzert. Entree frei.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute Dienstag, den 29. November:
In Sans und Brans.
Original-Pöste mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jacobina u. Gahn. Musik von Michaelis
Nach der
Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **In Sans und Brans.**

Wedding-Park
Haller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorspudbillets 15 Pf.

Vereine.
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu ver-geben. Preis Nagel, „Feldschützen“, Wäckerl, 142.

5 1/4 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's
Bäckerei
Prangelsstr. 8. Kronenstr. 19.
Galdenfelstr. 28. Sauterstr. 2.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstr. 30, Hof II. - SO.: Fritz Thiel, Glatzerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Gustl Stoenburg, Wiesenstr. 14. - Gesund-brunnen: Wilhelm Gahmann, Grünthalstr. 64/65. - Rosen-thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kalkonen-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schornberg, Schillerstr. 94 v. 1 Treppe. - Deutsch-Wilmers-dorf: Frau Käster, Sigmaringenstr. 34. und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten). - Rixdorf: Oßermann, Erdstr. 6. - Schöne-berg: Wilhelm Baumler, Zeiglerstr. 59. Seitenhügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöne-weide: Otto John, Ober-Schöne-weide, Stenmetzstr. 7. Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöne-weide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: G. Bernier, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rohr, Däppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Worm-str. 15a. - Baumschulenweg: Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Annehmen ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Karol Weil's Seifenextrakt
ist hunderte Male nachgemacht, aber nie erreicht worden; achtet deshalb beim Einkauf darauf, dass Ihr graues Packetto mit Schutzmarke Waschseife erhaltet.

Möbel und Polsterwaren.
Großes Lager. Gediegene Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*

fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der größten Tabakfabrik Dänemarks C. W. Obel, Kalsborg und Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin:
Carl Röcker, Grüner Weg 8.
Telephon-Nr. VII 3861. 54012*

Photographie
12 Bist. 3,50 M. 2376.
2 Kabinett gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
12 Kabinett 6,50 M.
E. Hering, Schönhanser-Allee 116.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Für 30 Mark
fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 35 Mark keine Winter-Anzüge nach Maß für 8-12 Mark keine Hosen nach Maß.
Riesensstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Im Weihnachts-Ausverkauf enorm billig.
Jackets
5 Mk. 6 Mk. 8 Mk. 10 Mk.
Stoff-Capes, bestickt, 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Krimmer-Kragen 5 Mk., 8 Mk., 10 Mk.
Seidenplüsch-Capes 20 Mk., 25 Mk.
Seidenplüsch-Jackets 25 Mk., 30 Mk.
Frauenmäntel mit Velerine 20 Mk., 25 Mk.
Stoff-Röder 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Wattierte Röder
Abend-Mäntel
großes Lager in allen neuen Farben und Facons mit den neuesten Belegarten garnirt 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk.
Fertige
Kleider
Blusenkleid, sehr beliebtes Weihnachtsgeschenk, aus reißfestem Winter-Cheriot in marine, braun, russisch grün und schwarz
13 Mk. 50 Pf.
Fertiges Straßenkleid 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Fertiges Kleid für Ball und Kränzchen 20 Mk., 25 Mk.
Schwarze Kleider 18 Mk., 20 Mk., 30 Mk.
Seidene Kleider 40, 50 Mk.
Einzeln Röcke in Wolle 6,50 Mk., 8 Mk., 10 Mk.
Blusen, neue Facons, 5 Mk., 7 Mk., 9 Mk.
Morgenröcke in allen Weiten, 8 Mk., 10 Mk., 12 Mk.
Trauerkleider 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Meine Verlobung mit dem Schlichter
24085
Johann Philipp
ist hiermit aufgehoben.
Restaurateurin Emma Luther.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Schraubendreher (24015)
August Bergemann
Sonntag früh 2 1/2 verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. November, vom Trauerhause, Pangehr. 93/94, aus nach Wilhelmsherg statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser bewährter Parteigenosse, der Metallarbeiter 243/13
August Bergemann
an der Profetierkrankheit am Sonntag, den 27. November, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Pangehr. 93/94, aus nach Wilhelmsherg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Verwaltungsstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. November, früh 9 1/2 Uhr, nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schraubendreher 114/6
August Bergemann
an der Schwindfucht.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Pangehr. 93/94, aus nach dem Begräbnisplatz in Wilhelmsherg statt.
Die Erbsverwaltung.
Zentral-Kranken u. Sterbefälle der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter. Filiale Berlin D. Moabit.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Friedrich Windhorst
am 29. November gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brodowitzer 7, aus nach dem Heilandskirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
182/16 Die Verwaltung.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern des Hochvereins d. Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgebend zur Nachricht, daß unser Mitglied
Herrmann Foth
am 27. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause des Heiligengrundes-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. d. M., ver-schied unser Sangesbruder
143/11
Herrmann Foth.
Beerdigung siehe oben.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand
des Gesangy. „Sängerkreis“ d. Musikinstrumenten-Arb.
Kranzbinderer u. Blumen-handlung von 61500*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Wohnungs-Kranz, Guirlanden, Ball-stränken, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert
Gerichtlicher Verkauf!
In der Sebastian Groedel'schen Konturhandlung verbleibend ist am Freitag, den 2. Dezember etc., 10 Uhr, im Restaurant **Deitmann**, Brunnenstr. 9 pt.: **25 Ballen** unversehrte auf dem Packhofe liegende Tabake, als Java, Sumatra, Carmen, Feltz Brand, Valzer, Cerano und Seebast einzeln methebend gegen Baarzahlung.
Goedel,
gerichtl. Verwalter der Masse.
500
Solentreise 5, 8, 10 M.
Gelegenheitsaufst., so lange d. Vorrath reicht, spottbillig.
Schönstes Weihnachtsgeschenk.
Schneiderei Engel, Mühlgr. 26, part.
Angeklammerte Damenenden u. hübsch. Handtücher, Kissenmüser, sonst tabellos, von 1,10 M. an, so lange Vorrath. Handtücher u. Wäsche-fabrik Donig, Alexanderstr. 30, Vorderb. 1 Tr.
Stoppes, Gard. Vorlecken, Stoves, Wäsche, Wäschebeden.
Winterpaletots, Anzüge, Hüfen, Regentmäntel, Opengläser verk. spottb. **Preußische Theaterstr. 6.**
Framb. Schaffke, I. S. 650 M., Grimauerstr. 35, v. 4 Tr. bei Simon.
Möbl. Schmitten bei Weider, Alte Pöpelstr. 21, S. II. 2462b
Möbl. Schlicht. F. Derrn d. Rathes, Glatzerstr. 46b, v. 4 Tr. 2470b
Herrn. Stube, g. möbl., Plüsching, 1 ob. 2 P., als Schlafz. u. v. Oranien-str. 155 a. Wörstplatz. Frau Boche.
Möbl. Zimmer Treppowstr. 46 I rechts.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstr. 30, Hof II. - SO.: Fritz Thiel, Glatzerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Gustl Stoenburg, Wiesenstr. 14. - Gesund-brunnen: Wilhelm Gahmann, Grünthalstr. 64/65. - Rosen-thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kalkonen-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schornberg, Schillerstr. 94 v. 1 Treppe. - Deutsch-Wilmers-dorf: Frau Käster, Sigmaringenstr. 34. und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten). - Rixdorf: Oßermann, Erdstr. 6. - Schöne-berg: Wilhelm Baumler, Zeiglerstr. 59. Seitenhügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöne-weide: Otto John, Ober-Schöne-weide, Stenmetzstr. 7. Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöne-weide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: G. Bernier, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rohr, Däppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Worm-str. 15a. - Baumschulenweg: Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Annehmen ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Karol Weil's Seifenextrakt
ist hunderte Male nachgemacht, aber nie erreicht worden; achtet deshalb beim Einkauf darauf, dass Ihr graues Packetto mit Schutzmarke Waschseife erhaltet.

Möbel und Polsterwaren.
Großes Lager. Gediegene Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*

fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der größten Tabakfabrik Dänemarks C. W. Obel, Kalsborg und Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin:
Carl Röcker, Grüner Weg 8.
Telephon-Nr. VII 3861. 54012*

Photographie
12 Bist. 3,50 M. 2376.
2 Kabinett gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
12 Kabinett 6,50 M.
E. Hering, Schönhanser-Allee 116.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

Für 30 Mark
fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 35 Mark keine Winter-Anzüge nach Maß für 8-12 Mark keine Hosen nach Maß.
Riesensstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Im Weihnachts-Ausverkauf enorm billig.
Jackets
5 Mk. 6 Mk. 8 Mk. 10 Mk.
Stoff-Capes, bestickt, 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Krimmer-Kragen 5 Mk., 8 Mk., 10 Mk.
Seidenplüsch-Capes 20 Mk., 25 Mk.
Seidenplüsch-Jackets 25 Mk., 30 Mk.
Frauenmäntel mit Velerine 20 Mk., 25 Mk.
Stoff-Röder 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Wattierte Röder
Abend-Mäntel
großes Lager in allen neuen Farben und Facons mit den neuesten Belegarten garnirt 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk.
Fertige
Kleider
Blusenkleid, sehr beliebtes Weihnachtsgeschenk, aus reißfestem Winter-Cheriot in marine, braun, russisch grün und schwarz
13 Mk. 50 Pf.
Fertiges Straßenkleid 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Fertiges Kleid für Ball und Kränzchen 20 Mk., 25 Mk.
Schwarze Kleider 18 Mk., 20 Mk., 30 Mk.
Seidene Kleider 40, 50 Mk.
Einzeln Röcke in Wolle 6,50 Mk., 8 Mk., 10 Mk.
Blusen, neue Facons, 5 Mk., 7 Mk., 9 Mk.
Morgenröcke in allen Weiten, 8 Mk., 10 Mk., 12 Mk.
Trauerkleider 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Großer Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbeldepot bietet sich Brantleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verlichen ge-wesener und jurischgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mk., hochelegante von 500-5000 Mk. zu liefern. Theil-zahlungen unter den kausantesten Bedingungen. Die Möbel können teilweise 3 Monate liegen, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Sopha Stoffe
auch Kette
in Niss, Damast, Crème, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 181032*
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Jahrspreisen.
Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

100 humoristische Post-Witzkarten umsonst,
mer 1 Sortiment Gratulationskarten bestehend aus Klapp-, Seiten- und Jungarten, elegant ausgeführt etc. für den Preis d. 7,50 M. pro 100 St., bei Ab-nahme von 200 St. 13 M. Künstler-Vorkarten, Künstlerkarten, sein fortirt, 100 Stück 2,50 M., Isolorit 5 M. und der Kurzpapierfabrik besteht. Versand unter Nachnahme. - Dredes erbitten rechtzeitig. 11629*

S. Steinecke,
Berlin, Chorinerstrasse 6.
Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt I. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-3
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8
Friedrichstraße 114, 1.